

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

28 (3.2.1930)

Volkstreu und

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Musikfunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenschutz

Bezugspreis monatl. 2.50 M. o. ohne Juliabgabe 2.20 M. o. Durch die Post 2.66 M.
Einzelpreis 10 Pfg. Samstags 15 Pfg. o. Erscheint 6 mal wöchentlich
von mittags 11 Uhr o. Postfach 2655 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruher Str. 26. Weltbürger 26 o. General 7020 und 7021 o. Volksfreund-Verlag: Durlach, Meyerstr. 22; Baden-Baden, Kaiserstr. 6; Rastatt, Rheinstr. 2; Offenburg, Grottenstr. 81

Nummer 28 Karlsruhe, Montag, den 3. Februar 1930 50. Jahrgang

Grüne Woche in Berlin

Rationalisierungsarbeit statt Agitationspolitik

Berlin steht im Zeichen der Grünen Woche. Sichtbarer Ausdruck ist die große Ausstellung am Kaiserbaum, die immer mehr zu einer richtigen Schule wird in der die deutsche Landwirtschaft und der deutsche Gartenbau lernen müssen, wenn die notwendige Rationalisierung gelingen soll. Man hat das Gefühl, daß die Rationalisierung in der Landwirtschaft stärker in Fluß kommt, daß sich vor allem die deutsche Landwirtschaft geistig auf diesen Prozeß einstellt. Die Grünen Wochen waren bisher zum Teil ein Tummelplatz müßiger Agitatoren und Demagogen, die hier Gelegenheit nahmen, gegen Rationalisierung und Rationalisierer zu agitieren. Wenn wir richtig sehen, haben diese Erzele ab. Die Landwirtschaft geht an die Rationalisierungsarbeit, und das es so gekommen ist, ist nicht zuletzt der sozialdemokratischen Agrarpolitik und der sozialdemokratischen „Aufklärungsarbeit“ zu danken.

Bei der offiziellen Eröffnung sprach Reichsernährungsminister Dietrich, der preussische Landwirtschaftsminister Steiger usw., die in anerkennenden Worten die Bedeutung der Landwirtschaft würdigten, wobei Dietrich erklärte, der jetzige Zustand, bei guter Ernte eine halbe Million Tonnen oder noch mehr Roggen ins Ausland zu verschleudern und gleichzeitig für 500 oder 600 Millionen Mark Weizen zu importieren, sei, so führte der Minister weiter aus, unbaltbar. Dort, wo die Möglichkeit bestehe, müsse in Zukunft anstelle des Roggens Weizen angebaut werden, selbst wenn eines Tages bei ungenügender Roggenernte der Roggenpreis dem Weizenpreis nahekommen sollte.

Der Reigen der großen landwirtschaftlichen Veranstaltungen wurde bereits zuvor durch die Jahresversammlung der Preussischen Landwirtschaftskammer eröffnet. Im vorigen Jahr produzierte sich hier nach der rheinische Zentrumsminister Freiler, der sich mit positiver Stimme unbedingte Vorwürfe gegen die anwesenden Vertreter des Reiches und Preussens schleuderte. Man hat den Vortrags abgehört. Man hörte dort ausgesprochene Vorwürfe über landwirtschaftliche Standards, landwirtschaftliche Maßnahmen, über die wirtschaftliche Gestaltung von Kulturlandern usw. Sentenzen war aber der Vortrag des Professors Baur vom Forschungsinstitut in Münchberg in der Mark, vor den Toren Berlins gelegen.

Man muß wissen, welche Aufgaben dieses Forschungsinstitut zu lösen hat. Die Dinge liegen in der deutschen Landwirtschaft einmal so, daß sie auf einigen Gebieten zu viel produziert, z. B. Zwiebeln, Rognen und Zwiebeln. Der Kartoffel- und Roggenanbau müssen in Deutschland eingeschränkt und durch andere Kulturen ersetzt werden. Des anderen produzieren wir zu teuer. Das gilt z. B. für Weizen und Reis. Damit hängen auch die großen Weiseneinlagen nach Deutschland zusammen, die uns jährlich Hunderte von Millionen Mark kosten. Drittens kann die deutsche Landwirtschaft gewisse Kulturpflanzen nicht anbauen, die wir aber dringend in Deutschland nötig haben. Es kommt darauf an, neue Kulturen nach Deutschland einzuführen. Damit nicht genug: es müssen neue Kulturlandereien geschaffen werden. Das sind die Aufgaben, die das Forschungsinstitut in Münchberg zu lösen hat. An Millionen von

Pflanzen wird dort tagaus und tagein experimentiert. Münchberg ist eine Schöpferwerkstatt. Hier entsteht eine neue Welt, unter der Lupe des Forschers und des Wissenschaftlers, die gewissermaßen für ihren Bereich und im Kleinen die Welterschöpfung wiederholen.

Wenn wir nun den Roggen- und Kartoffelanbau einschränken, was wollen wir auf den schlechten Böden z. B. im Osten Deutschlands pflanzen? Baur gibt eine ganz einfache Antwort. Auf diesen Böden wächst ja die Lupine. Man kann sie heute nur zur Gründüngung benutzen. Sonst ist sie nichts wert. Sie wird aber wertvoll und eine wichtige Grünfütterpflanze, wenn man sie alkaloidfrei macht, also nicht bittere Rassen schafft. Das ist in Münchberg gelungen. Vorläufig hat man den wertvollen Samen nur in einer Menge von 1/4 Pfund. Daraus wird ein Züchterkongressium sowie Saatgut zu entwickeln haben, bis man die ganze deutsche Landwirtschaft damit versorgen kann. Ehe das nicht geschehen ist, soll kein Korn ins Ausland gehen. Hinsichtlich des Roggens haben die Versuche in Münchberg ergeben, daß man die besseren Roggenböden direkt mit Weizenrasen besäen kann, sie ergeben den gleichen Körnerertrag wie der Roggen. Versuche haben auch gezeigt, daß man aus der Kreuzung von Roggen und Weizen und auch aus der Kreuzung von Weizen mit Wildbarbaren (Nealkalorien) ganz neue Getreidearten herstellen kann. Auf dieser Grundlage kann das Roggenproblem in Deutschland durchaus gelöst werden.

Man ist in Münchberg auch so weit gekommen, daß man den ganzen Tabakbedarf in Deutschland demnach auf deutschen Böden produzieren wird. Es handelt sich nicht um den Pfälzer, sondern die deutschen Tabakfelder werden, nach den Münchberger Versuchen zu urteilen, einen Qualitätsabfall ergeben. Im Weinbau wird man — keine Zukunftsmusik! — durch die Vastardrebe, Kreuzung deutscher Reben mit amerikanischen Reben, die Kultur gegen Reblaus und Mehltau immun machen. Man wird allein, weil die Bekämpfung der Reblaus und des Mehltau wegfällt, jährlich 50 Millionen Mark sparen und den deutschen Weinbau dadurch wieder rentabel machen. Man wird durch die Kreuzung von Obstbäumen, Gemüsen usw., vor allem durch Kreuzung verschiedener europäischer Johannisbeeren und Stachelbeeren eine Idealfrucht gewinnen und schließlich aus der Kombination der besten Früchte europäischer Johannisbeeren und Stachelbeeren eine neue Frucht herstellen, die jetzt noch immer unter großen Kosten in Nordamerika aus Weis hergestellt wird und durch Deutschland gegen teures Geld von Nordamerika bezogen werden muß. Man braucht diesen Früchtaufbau vorzugsweise zur Marschlandbesiedlung. Man darf ihn nicht mit dem Rüben- oder Kohlrader verwechseln, von dem wir ja genug haben.

Was nicht aber alle Forschung, wenn die Nahrungsmittel nicht billiger werden? Zu diesem Problem sagte der Präsident der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer, Dr. Brandes, einige treffende Worte, die die größte Verbreitung verdienen. Nach den Angaben von Brandes erzeugt die deutsche Landwirtschaft Werte in Höhe von 13 Milliarden Mark. Davon verbraucht die Landwirtschaft selbst für 4 Milliarden. Produkte im Werte von 9 Milliarden kommen in den Handel. Diese Produkte kosten aber dem Verbraucher 18 Milliarden. Auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher wird die Ware also im Preis verdoppelt. Die Verteilung der Ware ist zu teuer. Sie ist direkter Wucher. Hier muß die Bahn frei gemacht werden, wenn sich die landwirtschaftliche Rationalisierung vollziehen und auswirken soll.

Die Kommunistische Internationale und die „Eroberung der deutschen Arbeiterschaft“

Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter
Moskau, Ende Januar 1930.

Im Rahmen ihrer zunehmenden Aktivität widmet die Kommunistische Internationale ihre Aufmerksamkeit und Arbeit vor allem Deutschland und der deutschen Arbeiterschaft. Die neuen Männer in der Leitung der Komintern, Molotow und Manuilski, haben heute als Vertrauensmänner Stalins nach der Abfertigung des „rechtsoppositionellen“ Bukharin, der vor der Katastrophepolitik des Ekki in Westeuropa, in erster Linie aber in Deutschland, warnte, das Heft in der Hand. Tag für Tag lassen sie durch die Sowjetpresse verkünden, daß Deutschland in „eine unmittelbare revolutionäre Situation“ eingetreten sei. Tag für Tag wird die Sprache der Moskauer Blätter, die sich in den wildesten Beschimpfungen der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Gewerkschaften ergehen, radikalisiert.

Schon auf dem X. Plenum des Ekki in Moskau erklärte Manuilski, der „Zachmann“ der Komintern für deutsche Politik, daß die innerpolitische Lage Deutschlands im Zeichen des Kampfes der KPD um die Führung der deutschen Arbeiterschaft stehe. Die KPD müsse angesichts des Vorhandenseins einer starken Sozialdemokratie und mächtiger Gewerkschaften, die den „elementaren revolutionären Schwung“ der Arbeitermassen paralysieren, die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft erobern. Dies bedeute jedoch keineswegs, daß die Kommunisten die Mehrheit der deutschen Arbeiter organisatorisch erfassen sollen, was im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft niemals gelingen könnte, sondern daß die KPD einen unmittelbaren Einfluß auf das Proletariat durch die „Treibern der Arbeiterbewegung“, die Gewerkschaften, Betriebsräte, Streikausschüsse, Aktionskomitees und dergleichen gewinnen müsse. Eine „statistische Einstellung“ lehne die Komintern ab. Sie verwerfe auch den „legalen Weg“ bei der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterschaft. Manuilski beschuldigte die bestehende deutsche KPD, die Mehrheit der deutschen Arbeiter nicht zu erfassen, sondern nur die Bourgeoisie, sondern auch mit der Sozialdemokratie zum Erfolge führen. Sehr interessant ist, daß auch in der Rede Manuilski der Wunsch nach einer „Illegalität“, d. h. nach einem Verbot der KPD, zum Ausdruck kam: eine kleine illegale kommunistische Partei könnte nach Ansicht Manuilski einen noch größeren Einfluß auf die Arbeitermassen ausüben, als eine Massenpartei, die auf offener politischer Arena kämpfe. Manuilski zitierte das Wort Lenins, daß die KPD, um die Mehrheit der Arbeiterschaft zu erobern, das Sowjetregime in Deutschland einführen und sowohl den Staatsapparat, als auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften „in Scherben zerbrechen“ müsse. Das Bestehen der Sowjetmacht in Rußland sei ein mächtiges Kampfwerkzeug in den Händen der deutschen Kommunisten, da diese Tatsache die Gegensätze zwischen der KPD und der Sozialdemokratie ungemein verschärfe. Dies bedeute gleichzeitig, daß der Kampf nicht nur auf dem Wege des Bürgerkrieges, sondern auch auf dem eines von der Sozialdemokratie produzierten (!) internationalen Krieges gegen die Sowjetunion verlaufen werde. Die KPD sei die „aktivste Kriegspartei“ im Kampfe gegen Sowjetrußland. Der Kampf zwischen der „sterbenden 2. Internationale“ und der Dritten Internationale werde auf der Arena eines Weltkrieges gegen Moskau entschieden werden. Die Tatsache, daß in England und Deutschland die Parteien der 2. Internationale „regieren“, werde diese Entwicklung beschleunigen.

Die Eroberung der Macht ist der KPD von der Komintern als „aktuellste Aufgabe des Tages“ gestellt worden, und zwar mit der Begründung, daß in Deutschland die Radikalisierung der Arbeiterschaft besonders weit gediehen und daß ferner die KPD der Lösung dieser Aufgabe als „hohem revolutionärem Willen“ in leninistischem Sinne abgefertigt unter allen kommunistischen Parteien des Auslandes am nächsten sei. Deutschland ist nach Manuilski das Spitzenland der kommunistischen Kampfbewegung.

Unter der deutschen Arbeiterschaft sollen daher „Stoßtrupps“ gebildet werden, was durch den Umstand erleichtert werde, daß die KPD überall die „Vorhut des Proletariats“ erobert habe. Die wichtigsten „strategischen Höhen“ müßten unter den Metallarbeitern, Bergarbeitern, Verkehrsarbeitern, Elektrizitätsarbeitern, den Arbeitern der chemischen Industrie, ferner in Post, Telegraph, Telefon, Werften, Eisenbahnknotenpunkten usw. erobert werden. Zu diesem Zweck werden auch die bekannten Verträge über sozialistischen Wettbewerb zwischen russischen Fabriken und kommunistischen Betriebsbelegschaften in Deutschland abgeschlossen, wobei die Deutschen die Verpflichtung zur Intensivierung der bolschewistischen Propaganda und zur besonders gegen die Sozialdemokratie, übernehmen. Hierher gehört auch die von der KPD auf Anweisung der Komintern verurteilte Bildung von „Sturmbrigaden“ in den einzelnen Betrieben, denen die gleichen Pflichten auferlegt werden. In den Betrieben sollen von der KPD nach Ansicht Manuilski vor allem diejenigen Arbeiterkategorien gewonnen werden, ohne die ein normales Funktionieren der Produktion unmöglich ist.

In bezug auf die Methoden und die Taktik ihres Kampfes hat Manuilski der KPD folgende Ratsschlüsse erteilt: Die Kom-

Kommunistisches Fiasko

Überall miflungene Aktionen

Die kommunistische Zentrale hatte gemäß Moskauer Befehlen zum 1. und 2. Februar in bestimmten deutschen Industriebezirken Aktionen angeordnet. In Hamburg und in Berlin kam es am Freitagabend sowie am Samstag in verschiedenen Stadtteilen zu Zusammenstößen mit der Polizei, die die Bildung von Demonstrationen zu verhindern hatte. Größere Züge zu veranstalten gelang den Kommunisten nirgends, natürlich konnte die Polizei nicht verhindern, daß in diesen beiden großen Städten sich ab und zu kleine Züge bildeten, die aber dann alsbald auseinandergetrieben worden sind. Im allgemeinen konnte sich die Polizei auf die Anwendung des Gummiknüppels beschränken, nur in Hamburg ist ein junger Kommunist an den Folgen einer Schußverletzung gestorben.

In Hamburg hat der Senat das Kommunistenblatt mit seinen Redaktionsrätern und allen etwa erscheinenden Reden- und Erschließern bis auf weiteres verboten.

Der neueste Aktionsstrich der Kommunisten war die Propaganda in der Umgebung von Hamburg, für einen „Sonnemarsch“ nach Hamburg. Es fanden sich in der Tat auch in einzelnen Städten und Orten der näheren und weiteren Umgebung von Hamburg und in ganz keinen Zügen nach Hamburg zu marschieren trachteten. Unterjüngerschaft genommen. Meistens handelte es sich um junge, dumme oder zu Erzeilen neigende Burschen. Die angeordnete „weltrevolutionäre Aktion“ der deutschen Kommunisten, nach Hamburg als herrliche revolutionäre Tat der bolschewistischen deutschen Arbeiter angekündigt und im Voraus gefeiert worden ist, ist nicht und kläglich zusammengebrochen.

Der von den Kommunisten zum 1. Februar nach Berlin einberufene „oppositionelle Gewerkschaftskongress“ ging aus wie das Horn der Schilling. Nach Schwäbe in Besuch am ersten Tage lobnte sich die Fortsetzung am Sonntag nicht mehr. Der Saal in der Berliner Straße wurde am Sonntag, obwohl Kommunistensitzungen angesetzt worden waren, eine gähnende Leere.

Schwere politische Kaufhändler

33. Pforsheim, 3. Febr. Mitten im Zentrum der Stadt kam es am Samstagabend 9.45 Uhr zu schweren Ausschreitungen. Vor dem Lokal der Nationalsozialisten, dem „Pfälzer Hof“ (Häufige Karl Friedrichstraße) trafen sich die 40 Kommunisten mit ebensolchen Nationalsozialisten zusammen und es entstand eine große Schlägerei, in deren Verlauf zahlreiche schwere Schüsse fielen.

Es gab auf beiden Seiten Verletzte. Ein starkes Polizeiaufgebot erschien auf dem Kampfsplatz und zerstreute die Menge. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Untersuchung ist im Gange.

Sonntag nachmittags erfolgte ein zweiter schwerer Zusammenstoß in dem Nachbarort Dietlingen, diesmal zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Diese waren aus Pforsheim und Karlsruhe gekommen, um sich hier zu treffen. Ebenso machten Mitglieder der Ortsgruppe Pforsheim des Reichsbanners einen Ausflug nach Dietlingen. Es entwickelte sich gleichfalls eine Schlägerei und Schießerei. Man stellte 15 Reichsbannerleute fest, die, wie im ersten Fall, ins Pforsheimer Krankenhaus eingeliefert wurden. Der Führer des Reichsbanners soll einen Schuß ins Bein erhalten haben. Auch hier sind mehrere Verhaftungen erfolgt. Die Behörden sind mit der Aufklärung des Tatbestandes beschäftigt.

„Demagoge“ keine Beleidigung für Straßer

Wetzlar, 1. Febr. In der Privatbeleidigungssache, die der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Straßer gegen den verantwortlichen Schriftleiter Steinborn vom Berliner Tageblatt angehängt hatte, erkannte das Gericht auf Freisprechung. Straßer fühlte sich dadurch beleidigt, daß ihm zum Vorwurf gemacht worden war, er redigierte zehn Zeitungen, und weil er Demagoge genannt worden war. Das Gericht hielt im ersten Punkt den Beweis für erbracht, denn der Nebenkläger habe für ein Hauptblatt und neun Kopfbücher verantwortlich gezeichnet. Die Beleidigung „Demagoge“ sei unter den obwaltenden Umständen keine Beleidigung.

munisten würden niemals Führer von Millionen von Arbeitern werden, wenn sie den Massen nicht die feste Ueberzeugung einflößen, daß sie allein die Klassenkämpfe leiten können. Dies können die deutschen Kommunisten nur dann erreichen, wenn sie immer sich selbst an den gefährlichsten Stellen einfinden, wenn die ersten Gummistockschläge der Polizei Kommunisten treffen. Die revolutionäre Energie der KPD dürfte kein Sparlassenbuch sein. Die Berliner Maiereignisse hätten gezeigt, daß die Frage eines politischen Massenstreiks akut werde. Sehr interessant ist es, daß, im strikten Gegensatz zur „Roten Fahne“, die nicht müde wird, die Matzkämpfe auf „politische Provokation“ zurückzuführen, Manuillti eine solche Erklärung entrußt ablehnt und die Verteidiger dieser Auffassung „politische Einreden“ nennt. Die Maiereignisse seien eine „heldenhafte Aktion“ des Berliner Proletariats gewesen, durch die die KPD ihre Autorität erheblich gestärkt habe.

Besondere Aufmerksamkeit widmet die Komintern in letzter Zeit der Frage der sogenannten „Einheitsfront der Arbeiterschaft“. Die KPD könne die Arbeitermassen nur auf der Grundlage der Einheitsfront für sich gewinnen. Dies bedeute keine Koalition mit der Sozialdemokratie oben und mit den sozialdemokratischen Funktionären unten, sondern einen unmittelbaren Appell an die sozialdemokratischen Arbeiter über die Köpfe ihrer Führer hinweg. Diese Taktik müsse vor allem im Ruhrgebiet zur Anwendung gelangen, wo der Kampf gegen die „reformistischen“ Gewerkschaften besonders scharf geführt werden müsse.

Der Abbau der spanischen Diktatur

Havos meldet aus Madrid: Um eine Entspannung herbeizuführen, beabsichtigt Ministerpräsident General Berenguer, im Laufe der nächsten Woche sämtliche früheren Ministerpräsidenten und den Führern der politischen Parteien einen Besuch abzustatten. Der König von Spanien scheint, keine Befreiung von dem allzu mächtigen Diktator durch eine besonders einflussreiche Geste feiern zu wollen. Wie der Paris-Midi mitteilt, hat er sämtliche „Ritter des Ordens vom goldenen Ähre“, dessen Vorsitzender er ist, zu einer feierlichen Sitzung nach Paris eingeladen. Unter den Eingeladenen befinden sich auch der ehemalige französische Ministerpräsident Poincaré und der deutsche Exkanzler Brüning, die nach den unergündlichen Gesetzen des ritterlichen Protokolls bei der Festtafel nebeneinander sitzen müssen — anders geht es nämlich nicht. Der spanische König hat deshalb bei beiden anfragen lassen, ob ihnen die gesellschaftliche Teilnahme nach Paris angenehm wäre. Zur Beruhigung der belornten Mittel haben beide versprochen, daß sie sich gut miteinander vertragen wollen — falls die Werbung überhaupt stimmt!

Kein Moratoriumsgeuch der Türkei

Zu der Meldung der Times aus Stambul über ein angebliches Moratoriumsgeuch der türkischen Regierung erzählt W.B. Handelsdienst aus Berlin noch in Paris irgendwelche Mitteilungen über eine Einstellung des Zinsendienstes der türkischen Anleihen seitens der türkischen Regierung vorliegen. Die Anschaffungen für die Auszahlung des Mai-Koupons sind vollständig vorhanden, so daß der Mai-Koupon bezahlt werden wird.

Unterhaus für Abrüstung

London, 2. Febr. Dem Premierminister ist eine von zahlreichen Mitgliedern des Unterhauses unterzeichnete Denkschrift überreicht worden, die der von der Regierung an den Tag gelegten Absicht, die Zustimmung der übrigen Mächte zur Abschaffung der Einseitigkeit und Unterbrechung einer Beschränkung des Kreuzerbestandes auf das für den Seepolizeidienst unerlässliche Minimum herbeizuführen, in vollstem Umfang auftritt.

Die Behandlung der Kriegsgefangenen

WTB. Bern, 1. Febr. Mit dem heutigen Tage ist die Frist für die Unterzeichnung des revidierten Genfer Abkommens zur Verbesserung der Lage der Verwundeten und Kranken der Heere im Felde vom 27. Juli 1929 und des das gleiche Datum tragenden neuen Abkommens über die Behandlung der Kriegsgefangenen abgelaufen. Beide Abkommen, die aus der im letzten Juli in Genf abgehaltenen Konferenz hervorgegangen sind, sind ausnahmslos von allen Bevollmächtigten der 47 Länder, die diese Konferenz beischied haben, unterschrieben worden.

Frid gegen Remarque

Die Montagsspost veröffentlicht eine Meldung aus Frankfurt in Thüringen, daß dort gegen einen Berufsschullehrer Erhebungen eingeleitet worden sind, weil er im Unterricht Remarques Buch „Im Westen nichts Neues“ verwendet hat.

Der Eskimo

Ein Roman von der Hudson-Bai von Peter Freuchen
Copyright by Safari-Verlag, Berlin

4) (Nachdruck verboten)
Katerk brauchte lange, um Apis Zeug, Stiefel und Fausthandschuhe instand zu setzen, und noch schwerer wurde es ihr, sich selbst den Pels anzuziehen und durch den Ausgang in die frische Luft hinauszutreten. Der alte Katerk schmerzte, als sich der aufrichtete. Langsam erhob sie eine Anhöhe neben dem Haus, setzte sich dort nieder und blähte über das Land hinaus. Hierauf nahm sie ihren Brustriemen ab und band ihn über den Rücken. Hier sah Katerk allein, ohne Menschen in der Nähe, sie wollte die Geister anrufen, um ihr Schicksal zu hören. Ihr Fußschief hatte alle Tage Antwort auf dunkle Fragen gegeben, und jetzt verlor sie ihn zu rufen; aber er wollte nicht kommen. Man soll stark sein und aushalten, das man Katerk über seine Hilfslosigkeit hat, sonst bleiben sie fort.
Sie kam zurück, als Mala gerade den Schlitten für die Weiterreise instand setzte.
„Ich habe etwas zu sagen, und meine Worte sind stark“, sagte Katerk.
Mala verstand, daß es kein gewöhnliches Weiberredewort war. Seine Mutter hatte einen Ausdruck, daß er wieder klein wurde und sich vor ihr beugte.
„Ich bin müde und ich bin alt. Du mußt mir ein Schneehaus bauen, denn ich muß allein reisen.“
„Das darfst du nicht sagen, Mutter. Wir wünschen immer, dein Gesicht unter uns zu sehen. Ich will dir kein Schneehaus bauen. Laß uns zu den weißen Männern und zu den Schiffen, zu Tee und Tabak kommen.“
„Oh, mein Sohn Mala. Ich bin müde. Deshalb muß ich Ruhe haben.“
„Denk an die Kinder. Sie werden dich entbehren. Sie werden weinen. Du wirst keine Hilfe und keine guten Ratschläge missen, und ich habe stets dein Angesicht vor mir gehabt, ich kann nicht ohne dich sein.“
Katerk sagte nichts. Ihr Mund murmelte ein wenig, und sie starrte nach dem Horizont. In weiter Ferne sah sie die fahlen Berge, wo der große Berggeist Renntiere durch seine Rosenlöcher

Württemberg und Baden

Die Staatspolitik im Lichte einer Vereinigung von Württemberg u. Baden

Sodenheim, 2. Februar. In einer politischen Versammlung sprach heute hier der Genosse Klemm über das aktuellem Thema der öffentlichen Finanzwirtschaft und der Verwaltungsreform. Er zeigte die Zusammenhänge der Finanzwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden auf, die durch die inneren und äußeren Krisenlasten einen zwangsläufigen Charakter haben.

Die Ausgaben der öffentlichen Verwaltung weisen eine stark steigende Tendenz. Scharf ist mit der Fortentwicklung der Sozialgesetzgebung die Verwaltungsarbeit anzufassen, durch sie das Beamtenbeet gemachsen. Allein darin erschöpfen sich die Ursachen nicht. Die Hauptursache beruht in der völlig veralteten Verwaltungsorganisation der Länder und insbesondere in der Doppelverteilung vieler öffentlicher Aufgaben bei Gemeinden, Ländern und Reich. Das föderalistische System und Uebereinander von Verwaltungsbehörden ist allmählich zu unfruchtbar geworden, und der Verbrauch an Steuermitteln hierfür derart unerschöpflich, daß es höchste Zeit ist, damit anzuhängen. Leider will das die Bevölkerung noch immer nicht einsehen. Politische Parteien schämen aus dieser Unkenntnis für sich Wahlkapital. Ohne eine von Grund aus durchgeführte Verwaltungsreform für Reich, Länder und Gemeinden gibt es keine endgültige Gesundung der Finanzwirtschaft, keine steuerlichen Erleichterungen auf „weite Sicht“. Zwei Drittel aller Reichsausgaben sind zwangsläufiger Natur.

Die Bemühungen, diese Lasten zu vermindern, werden vorläufig keinen wesentlichen Erfolg haben. Deren Zwangsläufigkeit ist zu groß, sie ist im sozialen Elend der Zeit verankert. Gleichwohl im Reich steht es in den Ländern, in den Gemeinden. Alle Bemühungen des badiischen Finanzministers, seinen Etat auszubalancieren, werden angesichts der Größe der Aufgabenstellung der notwendigen Neuordnung der Verwaltung heran führen. Infolge dieser Verhältnisse mehren sich im Lande die Stimmen, die dahin gehen, die Hälfte auf die Reichsreform nicht mehr warten. Auch der Referent neigt zu dieser Meinung. Die Reichsreform hat sich zu einem Problem zu machen, das in der nächsten Zeit in der Öffentlichkeit einen billigen Vorwand, sich ablenken zu verhalten. Breußen befindet sich auch nicht in der großen Finanznot, die die kleineren Länder. Dessen wirtschaftlichen Kräfte führen vorerst zur Aufzugaug der kleinen norddeutschen Staatsgebilde. Diesen politischen Knoten mutig durchzubauen, ist der Reichsreform nicht möglich. Sie hat sozial andere Schwierigkeiten zu überwinden, daß sie dieses heilige Elfen immer wieder auf die Seite legt.

So heißt es nun für die kleineren Länder, die in Breußen nicht aufgeben können oder wollen: helft euch selbst! Im Hinblick hierauf war es eine Freude, unlängst im badiischen Landtag von dem Innenminister Wittmann zu hören, daß er einer Vereinigung von Württemberg und Baden nicht unvoreingenommen gegenüberstehe. Das Zentrum näbert sich, wenn ich mich nicht täusche, heute dieser Idee. Der württembergische Staatspräsident hat heute diesen Landtag mit dem Wadener in dieser Frage den ersten Schritt tun. Im Landtag tritt auch ein großes Bemühen an den Tag, die badiischen Staatverhältnisse mit den württembergischen zu vergleichen. Dabei ist allerdings zunächst noch das Bestreben vorherrschend, die Kultur weniger auf entwicklungsmäßigem Stande Württembergs als auch für Baden muskräftiger zu beschreiben.

Hiergegen und gegenüber dem württembergischen Staatspräsidenten lagte Genosse Klemm. Die Sozialdemokratie wird dem großen Ziel wegen, zu einem einseitigen Deutschland zu gelangen, der Vereinigung Badens mit Württemberg das Wort reden. Sie wird es tun in dem Bemühen, die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes zu heben und zu einer einfacheren Verwaltung desselben zu gelangen. In letzterer Beziehung kann Baden mit dem württembergischen Mutter viel gewinnen, in kulturellen Dingen aber wird sich Württemberg zu einer Anpassung an die badiischen Ertragsverhältnisse hegenen müssen. Der der Vereinigungsfrage das Wort redet in der Hoffnung, es ließen sich mit der Vereinigung alle Finanznöte schnell beheben, der gibt sich mit der Vereinigung als geographische Lage Badens, seine wirtschaftlichen Verhältnisse als Grenzland, das nach dem Krieg viel mehr Rückwanderer aus dem Elsaß und der Schweiz aufnehmen mußte als Württemberg, bedingend die weit größere Arbeitslosigkeit und den erheblich höheren Hilfsorganisationsbedarf gegenüber Württemberg. Aus außerpolitischen Gründen haben die Grenzländer auch höhere Aufwendungen für Polizei. Württemberg unterhält zwei Hochschulen, Baden deren drei resp. vier. Baden hat schon seit vielen Jahren das adyde Volksschuljahr ebenfalls eingeführt, Württemberg begnügt sich in der

Hauptfrage noch mit sieben Volksschuljahren. Die Fortbildungsschule, das gemerbliche und launimännliche Fachschulwesen sind in Baden in sachlicher und personeller Beziehung ganz anders und aufgebaut, als dies bis jetzt in Württemberg der Fall ist. Die letzten Jahre hinsichtlich des Ausbaues der höheren Schulen in Baden kann nicht beizurück werden. Im Schuljahr 1929 gingen in Baden aus diesen Schulen 1781 Abiturienten ab, in Württemberg 1399. In Württemberg ist die höhere Kommunalverwaltung die untere Staatsverwaltung in einer Körperschaft vereinigt. Baden stehen beide wie Fremdkörper nebeneinander. Die badiischen Bezirksbehörden von Verwaltung, Schule, Finanz und anderen gehören unter ein Dach, unter eine Obhut, Hunderte von höheren Beamtenstellen stehen sich einander, Anstellung und Beförderung wesentlich verringert. Württemberg überläßt die Geschäfte des Grundbuchamtes, der Kataster- und Vermessungsämter, Baden der Hauptsache abgehenden mittleren und Beamten. Baden ist dankbar akademisch ausgebildete Beamte. Den Verjuden einer Form auf diesem Gebiete setzte das Zentrum bisher lebhaftesten Widerstand entgegen.

Sinhfächlich der personellen Verhältnisse hat Baden für seine Beamten und Lehrer gesehlich und vorzugsweise in der Personalführung sowohl als in der Zahl der Stellen wie in der Zahl der Lehrer bessere Verhältnisse als Württemberg. Hier haben auch die Lehrer niedere Stundenbezüge als dort. Neben dem geringeren Personalumfang sind in Württemberg auch die Pensionen wesentlich geringer. Die Pensionsaltersgrenze ist in Württemberg auf 67 Jahre festgesetzt, in Baden auf 65 Jahre. Für die württembergischen Gemeinden gilt eine Besoldungsordnung, die an der staatliche angepaßt ist. Der Bezug der Städte in den württembergischen höher als in Baden. Auch der allgemeine Finanzausgleich zwischen dem Land und den Gemeinden ist in Baden für letztere ungünstiger als in Württemberg.

Aus dieser Sachlage ergibt sich ohne weiteres, daß einer Vereinigung dieser zwei Länder ganz erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen, denn für die badiische Bevölkerung steht die Frage Mittelpunkt der Betrachtungen, ob sie ihre Ertragsverhältnisse heben möchte, während in Württemberg wohl kaum jemand daran denken kann, die hierherliche bessere Verwaltungsorganisation gegen die schlechteren und kostspieligeren badiischen aufzugeben. Gleich dieser Art gibt es für beide Teile noch eine ganze Anzahl anderer Unterschiede, die ohne seinen Hinderungsgrund für eine Vereinigung der beiden Länder bilden; im Gegenteil, beide Seiten könnten nur gewinnen, wenn sie sich auf der Linie der Verbesserung der badiischen Verhältnisse einigen und die Sozialdemokratie dieser Gelegenheit den überlebten nicht mehr zeitgemäßen und folgebahen zu neueren Plünder über Bord werfen würden.

Parteilichkeit gesehen, gibt es natürlich auch mancherlei Schwierigkeiten. Das Zentrum und die bürgerlichen Parteien sind in höherem Maße als die Sozialdemokratie geminnender. Die Gefahr einer bürgerlichen Koalition gegen die Sozialdemokratie liegt nahe. Doch was tut das. Ueber der Partei steht das Land, das Volk, stehen die finanziellen Grundlagen der Wirtschaft. Die Herbeiführung einer Gesundung derselben durch vernünftige Verwaltungsorganisation ist auch mit einer Überwindung der Sozialdemokratie in der Opposition nicht zu erreichen. Die Finanznöte von Reich und Ländern erzeugen Krankheiten und Zuckungen am Staatskörper. Das sind äußere Zeichen der gesundheitlichen Lage, den zu beseitigen Aufgabe aller breiteren der deutschen Republik dienen wollen. Wir Sozialdemokraten bereit, im Landtag die Parole auszugeben, die badiische Regierung möge der württembergischen den Gefallen tun und den ersten Schritt zur Einleitung von Verhandlungen unternehmen. Württemberg überbewogen am Verhandlungstisch könnte ausgleichlichen wenn sich die Platz mit an ihm platzieren ließe.

Stichwahl im Elsaß

Paris, 2. Febr. Bei der Kammerwahl in Kassel (Stichwahl) wurde heute der Kandidat der französischen nationalistischen Katholiken, Nieder, mit 6253 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Kath. Volksvereinigung erhielt 4310 Stimmen. Die kommunistische Kandidat 98. Die Sozialisten hatten für die Stichwahl Stimmenthaltung angeordnet. Es handelt sich um die Befreiung des durch die Wahl des Abgeordneten Pfister (Kath. Volksvereinigung) zum Senator freigeordneten Abgeordneten Mandats.

los, wenn er atmete. Hier hatte sie gelebt, so lange sie denken konnte.
„Gib mir meinen Stod“, sagte sie. „Man geht voraus.“
Mala eilte zu dem Topf, trant Wasser daraus und spritzte es über die Schlittenhüllen. Keiner durfte sehen, wie beweet er war. Sein Gesicht war ganz schwarz von Ruß, denn jedesmal, wenn er trant, machte der Lampenruß einen Rand in seinem Gesicht.
Katerk wollte dahin, so gut sie konnte, und es dauerte lange, bis die anderen sie erreichten, denn sie hatten viele Hindernisse zu überwinden.
Mitten am Tage wurde sie wieder müde; aber Mala war Keilführer und verlanote, daß sie sich auf den Schlitten setzen sollte, und da sah sie und froh, während die anderen sie schleppien und Joo allein an der Spitze aing.
Nachts klagte Katerk sehr, der alte Müden tat weh, und die Schmerzen in den Gliedern waren bestia. Sie merkte nicht, daß Joo Licht machte. Der Schweiß rann ihr über das Gesicht, sie hatte merkwürdige Gedanken und sprach merkwürdige Worte, und keiner verstand ihre Rede.
Joo sog sich an, setzte sich hin und rief, aber Katerk antwortete nicht. Da sagte sie ihr Haar mitten über der Stirn und rih es in ganz kleinen Büscheln aus. Die Haare wurden ins Feuer gestedt, damit der Geruch die böien Geister vertreibe und der Sitz der Krankheit verdrannt würde. Das half auch, Katerk konnte wieder denken. Sie nahm ein paar Stücke getrocknetes Renntierfleisch vom vortagen Jahre. Es war ganz verdimmelt. Aber sie trakte es mit den Nägeln ab und reichte es den Kindern.
Am nächsten Morgen schien die Sonne, und sie reisten weiter, aber mitten am Tage sog Katerk sich ihre Pelskapuze hoch und aing zu Mala.
„Mein Sohn, ich habe Worte, die fest sind und denen du dich nicht widerlegen darfst. Meiner Jahre sind viele, und meine Beine sind müde. Raue mit eine Schneehütte. Als ich dich darum bat, wolltest du nicht. Laß es nicht erst dahin kommen, daß ich meinem Sohn einen Befehl geben muß, um meinen Willen zu erhalten.“
Sie ordnete etwas an der Ladung und klopfte Apis, der beim Spielen gefallen war, den Schnee ab.
Mala sagte nichts nahm aber seinen Schneestod, bohrte in dem Schnee und begann ein Haus zu bauen.
„Machen wir schon halt?“ fragten die Kinder.
„Ja“, sagte Joo. „Dein Vater hat es bestimmt.“
Und Mala baute ein Haus.
Die zwei Frauen banden ul gewöhnlich die Ladung los, dichteten das Haus und schütteten Schnee darüber. Die Knaben nahmen

ein Robbenfell, befestigten einen Riemen daran und machten die Schlitten daraus. Aber Mala war groß, er wollte beim Haus helfen, so daß Apis allein fuhr. Er brachte einen Hund und eine Kacke mit.
„Komm und zieh mich, ich will fahren.“
Die Alte kam.
„Du mußt schnell laufen.“
Aber die Beine waren schwach. Plötzlich blieb sie mit stierem Blick stehen, und die Tränen rollten ihr über die Wangen.
„Großmutter meint. Es ist kein Veraninnen, mit ihr zu fahren. Apis konnte es besser allein.“
Als sie hereinliefen, machte sich Katerk daran, ein Paar Handhabe für den Kleinen zu nähen. Er verlor so viele.
Mala ging hinaus und baute ein nettes Haus. Keiner half ihr, er rief keinen, und Oriofof war mit seinem Bogen oceanangehen, sie sah keine Tiere umzuheben. Als Mala fertig war, kam er herein, nahm den Schneestod und hütfete sich das Zeug.
„Ist etwas gechehen?“ fragte Joo.
„Nichts ist gechehen. Man baute ein Haus.“ Schnell aing er zu Mala, um nach Oriofof Ausschau zu halten.
Die alte Frau nahm ihre Sachen. Ein Fell nach dem anderen nahm sie, befaß es, legte es dann wieder beiseite und nahm sich ein altes, verichiffenes, fast haarlofes Fell, rollte es zusammen und wollte hinausgehen. In der Tür blieb sie stehen und sah um. Die Bewegung wollte sie übermannen. Die Kinder lagen um die Hütte, und sie trat zu ihnen, fachte ihre Köpfe, setzte die Hände auf ihre Nasen und langte sie aus. Es gab ein schillerndes Geräusch und der große Qualu erwachte. Was sollte das, er hatte seine Nase selber schnauben, er war kein kleiner Junge mehr. Großmutter war heute so merkwürdig und derb, sie kreffte nach der Kapuze beiseite, daß ihre linken Schultern einbüßte, und dort setzte sie dann die Zähne an und bis zu, denn der Wind der Frauen bringt Kindern Glück. Es tat nicht weh, denn die Zähne waren stumpf vom vieljährigen Felltauen, aber die Knaben wurden ganz wach und weinten unbeherrcht.
Großmutter war heute so stillsam, und es lagen ein Paar Fausthandschuhe und ein Paar neue Socken auf ihrem Stod, sie lagte nichts darüber.
„Der Fall ist eingetreten, daß man geht“, sagte sie, nahm ein altes Fell und aing.
„Wißt du ausgehen?“ antwortete Joo und nähte weiter.
Die Knaben legten sich wieder nieder und schliefen weiter, das Leben in der Hütte war wie zuvor. (Fortsetzung folgt)

Der verschwundene General

Paris, 2. Febr. (Eig. Drabik.) Um den im Zusammenhang mit dem Verbleib des Generals Kutieff von wehrmännlichen Kreisen auf dem Wege über die reaktionäre Presse laienhaften sensationellen Gerüchten ein Ende zu machen, veröffentlicht am Samstag die Pariser „Société“ ein Communiqué, in dem sie aufs energischste gegen den Verdacht einer politischen Entführung protestiert und die ganz künstlich aufgebauete Theorie als ein Vorwand bezeichnet, den gewisse interessierte Kreise dazu benützen, um einen neuerlichen Ausdruck der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland herbeizuführen.

Die vollständige Untersuchung selbst ist bis Samstag abend um letzten Schritt weiter gekommen. Nur von einigen Bureaus hat man bei der Kriminalpolizei eingeklärt, in denen die Namen mitteilen, daß sich bei ihnen eine Anzahl ungedeckter „Gefühl“ Kutieffs in Umlauf befinden.

Im Übrigen wagt die Zahl der Denunzianten, die bei solchen Gelegenheiten immer anzukommen pflegen, und die die Polizei mit den haarsträubendsten Falschinformationen überhäuft. So gibt es Leute aus der Nachbarschaft der „Société“ in der Rue de Valenciennes, die sich ständig anrufen, seit Monaten mardersüchtige Gerüchte aus dem Botschaftsgebäude vernommen zu haben und sogar den Wärtern der Botschaft beim Schließen von Türen im Morgendämmer besahen zu haben. Das Lullei leistet sich die reaktionäre Presse, allen voran die „Liberté“, die am Samstag auf ihrer Titelseite die Schlagzeilen „Kutieff auf der Folterbank“ und „Die Empörung der Pariser Öffentlichkeit nimmt immer bedrohlichere Formen an“ bringt und offenbar bemüht ist, eine Massenpanne zu entfesseln.

Arbeitslosenbekämpfung in Oesterreich

Wien, 1. Febr. (Eig. Drabik.) Die Vertreter des Bundesverbandes der freien Gewerkschaften und der Kammer für Arbeiter und Angestellte hatten am Samstag abends eine Besprechung mit dem Bundeskanzler über die Denkschrift zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die sie kürzlich überreicht haben. Der Kanzler machte den Vertretern der Gewerkschaften Mitteilung über neue Pläne, die vor allem eine Beschleunigung der zu vergebenden Arbeiten, namentlich der Wohnungsbauarbeiten, vorsehen. Er zeigte den Gewerkschaften gegenüber Entgegenkommen. Weiter die Anleihe sprach sich der Bundeskanzler sehr optimistisch aus. Er glaubt, daß in nächster Zeit die Realisierung der Saager Vereinbarungen erfolgt und damit der Weg zur österreichischen Arbeitsbeschaffung wird. Er hofft, bis zum Beginn des Frühjahrs die Verhandlungen bereits zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht zu haben, so daß dann das Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in großem Umfang durchgeführt werden kann.

Nationalisten können das Hege nicht lassen

Wie aus Seraiemo gemeldet wird, wurde dort die an einem Wohnhaus angebrachte Plakette zur Erinnerung an General Hege und die übrigen Teilnehmer des Attentats an Seraiemo entfernt.

Island-Bank in Schwierigkeiten

Die Bank für Island ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Sie hat 4 1/2 Millionen Kronen Kapital. In den letzten drei Jahren wurde keine Dividende gezahlt. Die Bank schuldet dem dänischen Staat 4 Millionen Kronen.

„Erich Preußen“ als Marinetty

Chicago Tribune berichtet aus London, daß Frankreich beabsichtigt, einen großen Teil der von ihm gemüllten 175 000 Tonnen für die Kategorie der Großschiffe zur Schaffung großer Kreuzer nach dem Typ der „Erich Preußen“, bestückt mit 11- oder 12-Zölligen Geschützen, zu verwenden.

Die anspruchsvollen Wittelsbacher

„Anrechnung“ auf 10 Millionen Aufwertung

Aus München wird uns geschrieben: Die Anträge der sozialdemokratischen Landtagsfraktion nach dem Abschluß des Schiedsverfahrens, das über die bekannten Aufwertungsforderungen der Wittelsbacher eine endgültige Entscheidung zu treffen hatte, führte zu Auseinandersetzungen zwischen dem Bayerischen Kurier und der Verwaltung des Wittelsbacher Ausgleichsfonds. Daraus erfährt man die ungeheure Tatsache, daß das ehemalige Königshaus eine Aufwertung von nicht weniger als 10 Millionen Mark „angerechnet“ hat. Wenn es sich nur auf eine sogenannte Anrechnung beschränkte, so hat das keinen Grund darin, daß der Aufwertungsforderung überhaupt jede rechtliche Grundlage fehlt und das Schiedsgericht eine Entscheidung zugunsten der Wittelsbacher überhaupt nur aus Billigkeitsgründen treffen konnte. Die nach dem Bayerischen Kurier bewilligten 100 000 Mark bedeuten einviertel Prozent Aufwertung jener 40 Millionen Mark Abfindung, die das Königshaus in den Inflationsjahren vor Abschluß des Staatsvertrages als Voranschuß bekommen hatte.

Aus der Antwort der Regierung auf die sozialdemokratische Anfrage wird man hoffentlich den Grund erfahren, warum den Wittelsbachiern die außergewöhnliche Aufwertung zugestimmt worden ist.

Keine Berliner Oberbürgermeister-Kandidatur Luthers

Auf Anfrage bei Reichsanwalt a. D. Dr. Luther, der sich zurzeit außerhalb Berlins aufhält, erfährt die „M.Z.“, daß die Nachrichten über eine Kandidatur des Herrn Dr. Luther für den Berliner Oberbürgermeisterposten jeder Grundlage entbehren und unbelegt sind.

Zu den Meldungen über eine bevorstehende Änderung des Verwaltungszustandes von Groß-Berlin erfährt man, daß das preuß. Ministerium die Absicht hat, noch in diesem Frühjahr einen Gesetzentwurf im preußischen Landtag einbringen, der sich mit einer Verwaltungsreform Groß-Berlins befaßt und hofft, daß dieser Entwurf Annahme findet.

Der Brückenbau bei Speyer 1932

Wie der Reichsverkehrsminister der Stadterhaltung amtlich mitteilte, hat man sich in einer Aussprache der zuständigen Reichsbehörden unter Leitung des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft dahin geeinigt, daß der Bau der Brücke bei Speyer im Jahre 1932 begonnen werden soll.

Keine Kürzung der Beamtengehälter

Die Meldungen über eine Kürzung der Beamtengehälter werden demontiert.

Volkswirtschaft

Vertrag zwischen Landesgewerbeverband für Süddeutschland und Südmitteldeutschland. B.Z.V. meldet: Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung soll zwischen der Süddeutschen Bank und der „Koblenz“ einerseits und der Landesgewerbeverband für Süddeutschland andererseits ein Vertrag abgeschlossen worden sein, durch den alle bisher bestehenden Inhaberkonten Landesgewerbebank und der Süddeutschen Bank aus der Welt geschafft und die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-A.G. von sehr erheblichen Verbindlichkeiten entlastet werden soll. Für die Landesgewerbebank bedeutet dieser Vertrag die reinliche Aufhebung aller abwärts des gewerkschaftlichen Geschäfts liegenden Angelegenheiten. Nach untern Umständen tritt diese Reduktion der Lasten insofern voraus, als zwar eine generelle Einigung erzielt ist, s. Z. aber noch verhandelt wird. Sobald die Angelegenheit erledigt ist, wird uns Mitteilung von zuständiger Stelle zugehen.

Freistaat Baden

Die dritte Änderung des Straßengesetzes

Nachdem die Regierung die Frage der Aenderungsbedürftigkeit des Straßengesetzes in einer dem Landtag überreichten Denkschrift über die Entwicklung des Straßenbauprogramms und den Bezug der Gemeinden zu den Straßentrafiken eingehend behandelt hat, hat sie jetzt entsprechend einem Beschlusse des Landtags vom 13. Juli 1928 einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine endgültige Regelung bringen soll. Diese ist in der Weise gedacht, daß die Gemeindebeiträge den Selbstkosten für die Unterhaltung eines Gemeindebezuges angepasst werden, und zwar sollen diese Selbstkosten im Durchschnitt des Kreisgebietes gerechnet werden, um den in den einzelnen Kreisgebieten bestehenden unterschiedlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Die Beitragsleistung der Gemeinden soll also fünfzig Prozent vom Unterhaltungsaufwand des Staates für die Landstraßen losgelöst und nach einem hiernon unabhängigen Maßstab (Kosten eines Gemeinbezuges) bemessen werden. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung beweist sich somit durchaus in der Richtung des oben erwähnten Landtagsbeschlusses. Der Landesdurchschnitt ergibt 45 Pfg. für den laufenden Meter. Die Festsetzung des der Beitragsenthebung zugrunde zu legenden Einheitsjahres der Unterhaltungskosten, die jeweils für einen Haushaltszeitraum gilt, ist dem Ministerium der Finanzen auf Grund der von der Wasser- und Straßenbaudirektion vorzunehmenden Berechnungen vorbehalten. Nach der jetzigen Gesetzesgrundlage würde die Berechnung der Beiträge für das Jahr 1930 einen wesentlich höheren Satz (etwa 90 Pfg. für den laufenden Meter Landstraße im Landesdurchschnitt) ergeben. Für die Staatskasse ergibt sich jedoch aus der Neuregelung für die kommenden beiden Haushaltsjahre für 2 052 000 Meter Beitragslänge eine finanzielle Mehrbelastung von durchschnittlich jährlich rund 1 370 000 M. Hinsichtlich des Beitragsverhältnisses der Gemeinden zu dem Unterhaltungsaufwand der Kreisstraßen ist von einer Aenderung der derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen abgesehen worden.

In einer dem Gesetzentwurf beigegebenen Anlage ist ein Verzeichnis der für die Aufnahme in den Landstraßenverband vorzusehenden Kreisstraßen, Kreiswege und Forstwege aufgeführt. Die Aufnahme wird durch eine Bestimmung im Gesetz selbst grundsätzlich festgelegt mit der Folge, daß ein besonderes Gesetz für den einzelnen Fall nicht erforderlich ist, daß sich vielmehr die Aufnahme durch Entschließung des Finanzministeriums auf Grund des Staatshaushaltsgesetzes vollzieht, wobei dem Ministerium die Bestimmung des Zeitpunktes und der Reihenfolge, in der die Wege in den Landstraßenverband zu übernehmen sind, vorbehalten bleibt. Es handelt sich um insgesamt 62 Straßen und Wege mit einer Gesamtlänge von 623 146 Kilometer Länge, die neu in den Landstraßenverband aufgenommen werden sollen.

Das Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzentwurfs soll auf den 1. April 1930 erfolgen. Damit verbunden ist auch eine Aenderung der Vollzugsverordnung zum Straßengesetz, die ebenfalls im Entwurf ausgearbeitet ist.

Zur Donauverfälschungsafrage fand nach einer Besichtigung der Nachschleife eine Konferenz von Sachverständigen aus Baden und Württemberg in Tuttlingen statt, woran auch Dr. Ing. Wolf (Weimar) teilnahm, der in der Frage der Donauverfälschung das Gutachten für das Reichsgericht ausgearbeitet hat.

Vergleichsverfahren über die Stifftsmühle bei Heidelberg. Zur Anwendung des Konkurses ist vom Amtsgericht Heidelberg laut Beschluß vom 11. Dezember 1929 die Konkursöffnung über den Vermögens der Stifftsmühle G.m.b.H. aufgehoben worden und am 25. Januar 1930 das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet worden.

Der Verband bad. Gutspächter e. V. hält am Mittwoch, den 12. Februar 1930, in Karlsruhe seine ordentliche Generalversammlung ab.

Unsere Geflügelzüchteier

sind Medizin!!

Propagandapreise:

10 Stück	140	10 Stück	160
	schwer		extra schwer
	Mk.		Mk.

5% Rabatt

Diese extra schwere Ware bei einem Durchschnittsgewicht von ca. 60 gr ist als besonders preiswert zu bezeichnen!

Pfannkuch



1546

Majereel-Ausstellung

Badischer Kunstverein

Man hat in der gesamten Kunst, in der Literatur, im Theater, in der Musik, in der darstellenden Kunst auf einen Großen erwartet, der aus den Geschichtnissen, die die Wehen des Krieges verurteilten, ein neues Gesicht prägen sollte, das die Ägide der neuen Zeit, wenn auch nur in schwachen Formen, aufzuweisen vermochte. Von den Neuerungen bekam man von Zeit zu Zeit zu hören, sie hätten einen neuen Weg zum Ursprünglichen gefunden. Es war Täuschung. Anders in der Musik und der bildenden Kunst. Die Musealen, die in der Musik eine neue Richtung aufzuweisen, können nur noch in der Provinz totgeschwiegen werden. Und die Revolution, die der Krieg auslöste, war ihre Schatten schon vor 1914 in der bildenden Kunst voraus. Die sehr rühmliche Leistung unserer Kunstballe hat vorwiegend bekannt gemacht. Nun folgt in dankenswerter Weise der badische Kunstverein und vermittelt das Werk eines Künstlers, der aus der gleichen Gegend wie der Name von Gode stammt: Franz Majereel, der noch sehr jung 1914 die Gode Kunstakademie verließ und nach Genf kam, als der Krieg ausbrach. Wie wir aus der Gründungsrede erfahren, die der große Landesmann Majereel, der bei der Beside der Mannheimer Ausstellung hielt, war Majereel tief betimmert, nichts tun zu können, um den Wahnsinn der Millionen Menschen zu zerstreuen, die sich gegenseitig erzwangen, sich aufeinander abzuheben und die sich dann täglich und mit neuen Mitteln anzutreiben mußten, um alaubhafte Gründe zu erfinden und zu verfechten, die ihnen ein unlegitimes Recht voranzumarschieren und zum Mord, Mord und Verbrechen zum Dauerzustand zu machen.

In Genf wurde gleich zu Beginn des Krieges ein antimilitaristisches Blatt „La Feuille“ (Blatt) aufgemacht, das täglich erschien. Sein erster Mitarbeiter war Franz Majereel, der morgens morgens aus den verschiedenen Kriegslagern die Berichte eingelaufen waren. Dann gab er in Bildform gleichsam eine Textzeile nach. Er überführte in Bild und Text die Kriegsheter mit seinem Spott, stellte sie in ihrer Erbärmlichkeit nicht sehr wünschenswert dar. Weil er selbst in der großen „Weltkriege“, wie die Stadt Genf während des Krieges wurde, leben mußte und dieses Leben ihm fast unerträglich schien, wurden viele seiner „Schwarz-Weiß-Berichte“ zu einem Infernal. Sie hatten einen sehr bitteren Charakter, es dokumentierte sich darin ein großer menschlicher Geist, der sich mit dem Tiefsten was die Menschheit kennt, mit dem Urtreiben in seinen tausendfachen Abwandlungen, in

seinen kirchlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Varianten und Schablonen intensiv beschäftigte. Das Majereel gleichsam im Telephon aus seinem Holz herausgeschnitten und spitzierte, verblüffte dem Charakter nach und der Technik wegen. Sein Schwarz-Weiß-Bild im „Feuille“ lasse mehr als polsterlange Artikel. Es wurde nicht überleben. Dieser Ausländer machte mit seinen täglich erscheinenden satirisch gehaltenen Bildgriffen der Schweizer Regierung Schwierigkeiten, denn er griff die ganze Welt an, weil er den Krieg angriff. Er deutete das kommende Chaos in einer Oberbroschüre an und erstellte den damaligen Großen die Rolle eines Substitutes des Kapitalismus.

Wie der Krieg auf den Künstler Majereel wirkte, besann er selbst: „Vor dem Krieg machte ich Realismus, sehr materialistisch und sehr stumm (desh. volkstümlich) Kirmes, Volksfeste, Bettler, Dürren, Matrosen, alles sehr grech, sehr gewaltig und traurig. Ich suchte etwas anderes, aber ich war nicht darüber klar, daß das, was ich finden mußte, der Geist aller dieser Dinge war. Ich glaube ihn gefunden zu haben und bin sicher, daß der Krieg hierbei mitgeholfen hat.“

Da Majereel oft nur sehr wenig Zeit verblieb seine Gedanken in Bildern umzusetzen und sie im Holzschnitt wiederzugeben, eignete er sich mit der Zeit eine besondere Technik an, die sich nicht mit Detail oder einer lokal angelegten Perspektive befassen konnte. Er vermittelte alles flüchtig, stellte übereinander, was sich in der Natur in der Längsachse zeigte, versetzte auf plastische Wirkungen, auch auf die wenigen übrigen wirklichen Hilfsmittel, deren sich der Holzschnitzer sonst bedient. Majereel behielt diese Technik auch bei seinem späteren Schaffen bei. Sie fand ihrer Einfachheit und Kraft wegen Gefallen, erkreute sich zahlreicher Freunde und ging nach und nach in die Gebrauchsgraphik über. Die zahlreicheren Holzschnitte Majereels, die er als Mitarbeiter großer literarischer Werke lieferte, zeigen alle den gleichen Stil, der oft sehr flüchtig anmutet, aber immer persönlich ist. Majereel genigte aber die „Dunst-Farbe“ Schwarz-Weiß nicht mehr, er kolorierte und ging zum Delphin über. Was auf der Holzschnit mit Tinten belegt wurde, füllte der Künstler annehmenden flüchtigen Schöpfungen des unermüdblichen Flammens. Es gab Urteile, in denen nur das Artistiche der Majereel'schen Kunst betont wurde. Sie ist durchaus ethisch von Inhalt, von der Beziehung zum Menschen, in allen sozialen Einstellungen, sehr bestimmt. Majereel erlebte alles, er verarbeitete es innerlich und bringt es mit seiner fabelhaften Technik auf eine fast furchtbar einfache urmüthige Formel, für die jeder Weisgauer Verständnis finden kann. In seiner ungelächten, jedem Effekt aus dem Wege gehenden Manier mit der er die Lösung tiefer Probleme in Bilderfolge anknüpft, steht darin fest wohl die Bedeutung dieses einseitigen Künstlers.

Von Professor Kling, Wilhelm Martin, August Kutterer und Josefina Schaller sind in den übrigen Räumen noch keine Kollektionen untergebracht. Martin ist mit dem Bildnis „Mädchen mit Zigarette“ äußerst glücklich. Trodem nicht alles fest und klar in Form und Farbe ist, das reizt vielleicht gerade den Beschauer, so ist doch alles leicht und durchsichtig. Die Lichtstata ist bei diesem artistisch vollendet gemalten Bild eng, und doch farblich überaus lebendig. August Kutterer findet in der Nähe seiner Wirkungsstätte immer seine malerische Partien. Als Landschaftler steht Kutterer heute schon sehr hoch. Man braucht keine Sorge haben, wenn man vor seiner blumigen Welt steht, daß er je einer Stimmungsmelancholie anheimfällt. Es ist eine freie und wirkliche Zeichnung und Farbe. Seine Sonnenblumen sind frisch und natürlich. Josefina Schaller, eine höchst beachtliche Künstlerin, denkt nur in Farbe, sie studiert sie und läßt sich von ihr führen, doch das, was sie finden mußte, der Geist aller dieser Dinge war. Ich glaube ihn gefunden zu haben und bin sicher, daß der Krieg hierbei mitgeholfen hat.

Literatur

Aus an dieser Stelle besprochenen und angelegentlichster Bücher und Zeitschriften können von unserer Verlagsbuchhandlung besprochen werden.

Die Zufriedenheit der Radiohörer will die Reichspost unter allen Umständen erreichen. Ueber das, wie erfüllt man sie dem neuen Heft 3 der „Radio-Zeitung“ für Deutschland. Der Inhalt dieser beliebigen Radio-Zeitschrift läßt klar erkennen, daß sie in erfolgreicher Weise die Interessen der Radiohörer vertritt. Besonders wertvoll ist die Uebersichtlichkeit des offiziellen, vollständigen Programms der amtlichen Sendebüchsen in Stuttgart und Freiburg; ein ausführliches (4 Seiten) Programm der bedeutendsten europäischen Sender ist ebenfalls vorhanden. — Monatlich kostet die „Radio-Zeitung“ nur 30 Pfg. Für veränderliche Hörer ist die Ausgabe B zu empfehlen mit der 24 Seiten umfassenden „Technischen Beilage“ und dem ausserordentlichen „Europaprogramm“. Preis monatlich nur 1.10 RM. — Die Dauerbesitzer dieser Ausgaben sind außerdem noch kostenlos gegen Umlauf verfahren, bei Verdrateten auch die Gebrauch. — Der Verlag Wilhelm Herpel, Stuttgart, Reichsstraße 14, versendet jetzt gerne Probeheften unentgeltlich.

Aus aller Welt

Selbstmord eines unschuldig Beschuldigten

In Wandsbek hat vor kurzem der ehemalige Dragonerunteroffizier Franz Martens Selbstmord begangen, indem er auf einen Mast der Lieberlandleitung Kletterte und sich durch den elektrischen Strom hat töten lassen. Martens war leinerzeit angeklagt gewesen, in Gumbinnen den Kriminellen von Krollitz erschossen zu haben. In der ersten Instanz wurde Martens freigesprochen, in der zweiten — im August 1901 — zum Tode verurteilt. Im Januar 1902 wurde das Todesurteil jedoch wieder aufgehoben. Martens, der eine Witwe und ein zehnjähriges Töchterchen hinterläßt, scheint einen Nervenzusammenbruch erlitten zu haben, der mit den Vorgängen vor 29 Jahren in Zusammenhang stehen dürfte. Er hinterließ einen Abschiedsbrief, in dem er sagt, daß seine Nerven ermüdet seien und er nicht mehr weiter könne. Die fünf Monate, die zwischen dem Todesurteil und dessen Aufhebung durch das Reichsmilitärgericht gelegen hätten, seien die schwersten seines Lebens gewesen. In der Tatze des Toten fand sich auch ein Briefumschlag mit verschiedenen Zeitungsausschnitten über das damalige Drama in Gumbinnen.

Bombenfund im britischen Museum

London, 2. Febr. Im Indiensaal des Britischen Museums wurde in einer Ecke versteckt eine Bombe aufgefunden. Die Entdeckung wurde durch Aeußerungen indischer Studenten verursacht.

Wendung in der Kulmbacher Mordaffäre?

Kulmbach, 2. Febr. Das Kulmbacher Tagblatt gibt folgendes Extrablatt heraus: „Der Verteidiger des Kommerzienrats Heinrich Meußböcker in Kulmbach, der bekanntlich unter dem Verdacht des Gattenmordes sich in Haft befindet, übergibt der Presse folgende Meldung: Das Rätsel von Kulmbach ist gelöst. Auf eine Strafanzeige des Verteidigers vom 21. Januar gegen die Arbeiter Schubert und Rupp wegen Ermordung der Frau Kommerzienrat Meußböcker ist es dem Kriminalkommissar Schiffer in Kulmbach gelungen, die beiden zu einem Geständnis zu bewegen. Die beiden Arbeiter haben dieses Geständnis vor dem Untersuchungsrichter und dem Staatsanwalt wiederholt.“

Auf eine durch dieses Extrablatt veranlaßte Anfrage im Untersuchungsgefängnis Nürnberg wurde lediglich mitgeteilt, daß sich Kommerzienrat Meußböcker noch dort befindet.

Zuchthausstrafe für einen Eisenbahnenttäter

Burg b. Magdeburg, 1. Febr. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich heute der Arbeiter Willi Häfeler wegen Transportgefähr-

dung zu verantworten. Häfeler hatte in der Nacht zum 8. Oktober einen Hemmloch auf die Gleise der Eisenbahnstrecke Berlin-Magdeburg dicht bei Burg gelegt, um den D-Zug Berlin-Köln zum Entgleisen zu bringen. Glücklicherweise hatte der D-Zug das Hindernis, ohne Schaden zu nehmen, beiseitegeschoben. Häfeler gab an, daß er einmal ein Eisenbahnunfall in Wirklichkeit erleben wollte. Das Gericht erkannte auf eine Zuchthausstrafe von drei Jahren.

Beraubung eines Postautos

Frankfurt a. M., 3. Febr. Wie das Polizeipräsidium mitteilt, wurde am Samstag vormittag 9 Uhr auf der Straße zwischen Sutzen und Mülders bei Schlitzern das fahrlamfähige Postauto beraubt. Nach Angabe des Kraftwagenführers, der sich ohne Verletzung behauptete, hielten zwei Unbekannte das Postauto mit vorgehaltenen Schusswaffen an. Sie nahmen dem Führer die Schlüssel ab und raubten aus dem Wagen Postkäse und Geldstücke, die außer Briefen, Posts- und Zahlungsaufweisen Wechsel und 8000 Mark bares Geld enthielten. Die Räuber verschwanden in dem nahegelegenen Wald.

Schneefall in der Südschweiz

Vogano, 2. Febr. Im ganzen Kanton Tessin ist in der Nacht zum Samstag wieder Schnee gefallen. In den Morgenstunden reichte die Schneedecke bis an den Fuß der Berge. Der Monte Brè meldet eine Schneehöhe von etwa 5 Zentimeter.

Schulschiff „Ddenburg“ vorübergehend in Genot

Bremen, 2. Febr. Das Schulschiff „Ddenburg“ war nördlich der Azoren durch Niderebenen der Lobung in eine gefährliche Situation geraten und hatte drohtes Sinken ausgesetzt. Der Norddeutsche Lloyd wies sofort den Dampfer „Schwaben“, der sich auf der Heimreise in der Nähe des Schulschiffes befinden mußte, an, Kurs auf das Schulschiff zu nehmen und im Bedarfsfälle Hilfe zu leisten. Der Besatzung des Schulschiffes ist es jedoch durch entsprechende Manöver und Jurüdrückung der Lobung gelungen, das Schiff wieder aufzurichten und damit alle Gefahr zu beseitigen.

Betäubungszwangsgesetz in Bayern

Das Betäubungszwangsgesetz wurde im bayerischen Landtag endgültig angenommen. Gegen das Gesetz stimmten 42 Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei, für das Gesetz 64 Abgeordnete. Von der sozialdemokratischen Fraktion beteiligten sich mehrere Abgeordnete, die Gegner des Gesetzes sind, nicht an der Abstimmung.

Hellseher Jan Hanussen vor Gericht

Oktultistischer Betrug-Prozess in Weimern. — Die Richter finden sich nicht zurecht.
„Es gibt zwischen Himmel und Erde mehr Dinge, als unsere Schulweisheit sich träumt.“
Hantel. Dantesparole.

Wieder ein Hellseher-Prozess! Diesmal in der Tischschloßwache. Vor zwei Jahren war es der Lehrer Droß, der, von dem Schöffengericht in Weimern freigesprochen, die Welt mit seinen hellseherischen Wunders in Staunen setzte. Im vorigen Jahr war es in Antwerpen die Günter-Geffers, die als gleich Droß von der Betrugsanlage freigesprochen, auch später noch von sich reden machte. Und nun der Hase des Hellsehers Erl Jan Hanussen in Weimern. Auch hier sollen Oktultisten und Antioktultisten hart aneinandergereiht; auch hier waren wie in Antwerpen Experimente im Gerichtssaal beabsichtigt. Doch überwältigt von der Fülle des beibrachten Beweismaterials, setzte das Gericht die Verhandlung auf 6 Wochen aus. Der viertägige Hanussen-Prozess war aber nicht minder anständig und spannend als die seiner Kollegen in Weimern und Antwerpen.

Hanussen — sein richtiger Name ist Steinschneider — verdankt seine hellseherische Laufbahn im Grunde genommen einem Zufallswort — welche Ironie des Schicksals. Jahrelang Oberregisseur einer Schmiere, dann Herausgeber der Wiener Zeitung Vaterne und entschiedener Gegner des Oktultismus, ließ er sich vom Clown Eugen de Kubini bekehren, sein neuer Glaube an Hellsehen und die eigenen hellseherischen Fähigkeiten wurden für ihn zum einträglichen Geschäft. Er arrangierte öffentliche Schauaufführungen nicht selten zweifelhafter Natur, und lud die Leute zu kostspieligen Privatankäufen ein. Schon sein erstes Auftreten führte zum Erlösen der Feldbahnmarke, ihr Besitztum zu sein. Bald machte er Karriere; das 5. Armeekorps forderte ihn als Wärscheler Leutenführer für Bosnien, Serbien und Dalmatien an; er sollte die Bevölkerung mit Brunnen versorgen.

Einer seiner ersten Erfolge war die Feststellung des Diebes von Tausenderbanknoten in der österreichisch-ungarischen Bank in Wien. Er ließ das gesamte Personal, mehrere hundert Leute, an sich vorbeiführen, nannte den Täter und bezeichnete die Stelle, wo die Banknoten versteckt waren. Für seine hervorragende Leistung erhielt er 4000 Kronen. — Nicht weniger erstaunlich war sein rätselhafter Erfolg. Ein Wertbrief, in Höhe von 10 000 Dollar, den eine Brauer Bank nach Bularett geschickt hatte, war abhandeln gekommen; entweder mußte das in Kalkau oder in Salumare gegeben sein. Hanussens Hinweis führte zur Befragung des schuldigen Postdirektors. — Ein dritter Fall: Einem Fabrikanten wurden aus der Brieftasche 100 Mark gestohlen. Hanussen nannte das Geschäft und bezeichnete den jungen Menschen, der das Geld an sich genommen hatte. — Einem Mann in Oitrau war die Tochter verloren gegangen. 14 Tage lang wurde sie erfolglos von der Polizei gesucht; Hanussen sagte aber: „Ihre Tochter befindet sich in einem Dorf zwischen Oitrau und Troppau.“ Es stimmte: das Kind war nach Wilsch zu Verwandten gefahren.

Auf einer der Schaulustigen bestellte der Polizeipräsident Ruderer, Hanussen eine Hellseheraufgabe; er schrieb im Datum Ort und Stunde eines Reichenfundes auf. An Lurz bei Teplitz war nämlich eine Frau erdroßelt worden; eine Woche später wurde auch die Leiche ihres Mannes in der Nähe eines Schachs auf Bahnhalden angebracht aufgefunden. Hanussen gab mit verbundenen Augen Einzelheiten über den Fund der Leiche an und bezeichnete als Täter einen Mann mit Karben, den die Polizei schon kenne. Wirklich hatte die Polizei bereits einen Mann von der Befragung im Verdacht.

Unter den enthusiastischen Zeugen befand sich auch der Landwirt Josef Mastalle, der Hanussen einst betraut hatte, ob er ihm

nicht sagen könne, wer ihm 24 Obstbäume umgefaßt und aus dem Hause 550 Kronen gestohlen. Und siehe da: Hanussen gab bereit aus Auskunft, daß die Täter verhaftet werden konnten. Und selbst diesem Manne ließ er im Gerichtssaal die 150 Kronen zurückzahlen, die er von ihm als Honorar erhalten hatte. War das Schuldbemerkstein?

Die Honorare des Herrn Hanussen sind ein Kapitel für sich. Ein Rat kostete etwa 100—200 Kronen. Sollte aber etwa der Täter oder die Leiche eines Getöteten gefunden werden, so verlangte er für seine Mühe bis 10 000 Kronen. Wie geschäftsmäßig waren doch im Vergleich zu ihm keine Kollegen Droß und Günter-Geffers. Nicht umsonst behauptete der Staatsanwalt, Hanussen habe den Schwachsinn von 34 Personen mißbraucht, um ihnen listigerweise Geld herauszuloden. Auch man aber gerade schwachsinzig sein, um auf einen Hellseher hereinzufallen? Und gibt es am Ende nicht doch noch Hellseher? Im Weimerner Gerichtssaal glaubten aber eine Anzahl Zeugen tatsächlich geschädigt zu sein. Da war z. B. der Vorsteher einer Konditorei-Gesellschaft. Ihm war seine Uhr im Theater abhandeln gekommen. Hanussen erklärte, sie befände sich im Besitz eines Diebes in Teplitz; er wolle aber seinen Namen nicht nennen, da er ihm doch nichts nachsprechen könne; der Zeuge möge in den Zeitungen einen Finderlohn nachsuchen. Für diesen guten Rat erhielt Hanussen 100 Kronen. Er sollte sie im Gerichtssaal zurück. Ein Getreidehändler, dem der Bescheid gemäß defraudiert auf Freizeiterung und hatte einen Verlust von 2000 Kronen. Das Honorar in Höhe von 150 Kronen gab Hanussen aus diesem Grunde wieder. Vorbeigefahren hatte der Hellseher im Falle der Brüder Arthur und Leo Liebel. Sie vermissten seit dem 15. Oktober 1923 ihren Vater. Ende Februar 1928 betrauten sie Hanussen nach dem Schicksal desselben. Er sei ermordet und liege in einem Wald begraben lautete der Befcheid. Für seine Auskunft nahm er 150 Kronen, für die Aufindung der Leiche verlangte er 3000 Kronen. — Am 22. November 1918 wurde in Teplitz der Uhrmacher Sieberl ermordet. Die Schwägerin des Toten wandte sich an Hanussen. Er nahm 200 Kronen, erzählte den Frauen wieder, was er von ihnen am Tage zuvor erfahren hatte und verlangte für die Feststellung des Täters, der angeblich in einer Fabrik arbeite, 10 000 Kronen. Ein Oberingenieur wird im Riesengebirge ermordet. Ein Kaufmann leant zweifelsohne vor. Hanussen sagt, es war ein Raubmord; zwar nennt er verschiedene Einzelheiten, der Täter wird aber nicht gefunden. Einem Geschäftsführer werden 18 000 Kronen gestohlen. Hanussen läßt sich 1000 Kronen bezahlen, macht verschiedenen Notispostus und ist geschwunden aus Anst auf dem Staatsanwalt, 500 Kronen zurückzahlen. Auch in einem andern Fall hatte er wenig Glück. Im Frühjahr 1928 wurde ein junger Mann im Bezirk Rönigsdorf erdroßelt aufgefunden. Im Auftrag des Gerichts betrauten die Untersuchungsrichter Hanussen, was machte er mande verblüffende Angabe, die bereits bekannt war, eine neue Spur konnte er aber nicht nennen.

So marschieren in Weimern einer nach dem andern Zeugen auf und immer mehr Material häufte sich vor den Richtern. Die Sachverständigen griffen immer wieder ein; die einen zweifelnd und mit ihrer Skepsis nicht zurückhaltend, die andern voll Glauben an die hellseherischen Fähigkeiten des Angeklagten. Unter diesen auch Dr. Albert Krüner, überzeugter Oktultist, bekannt vom Prozeß der Hellseherin Günter-Geffers. „Hanussen ist das beste Medium, das ich kenne“, erklärte er. Das Gericht aber beschloß, sich in oktultistischen Wälszer zu verlieren, um sich eine eigene Meinung bilden zu können. In 6 Wochen geht der Prozeß weiter. Man kann auf sein Ende gespannt sein. Der Staatsanwalt meinte: Es solle endlich einmal im Gerichtssaal festgestellt werden, ob es Oktultismus gebe oder nicht. Ist das aber Sache des Gerichts?

8 Uhr. Die Tagesordnung umfaßt zwei Punkte: 1. Besprechung kommunaler Angelegenheiten; 2. Vortrag von Gen. Direktor Wilhelm über „Kriegsschuldfrage und Kriegsschuldfrage“. Der Redner und das Vortragsthema dürfen dazu beitragen, daß der Beschlusses ein guter wird. Parteimitglieder und Volksfreundler kommt am Donnerstag zahlreich und pünktlich. — Unsere Parteibibliothek befindet sich jetzt bei Gen. Stiefel, Rosenweg 20. Dieselbe kann jeden Montag und Donnerstag jeweils von 6—8 Uhr abends unentgeltlich auch von Volksfreundlern benutzt werden.

Frauenaktion (Städt)

Dienstag abend 7.30 Uhr findet in der Karl Wilhelm-Schule (Handarbeitsaal) ein Frauenabend statt. Stadträtin Genossin Müller wird sprechen. Genossinnen, Volksfreundler und deren Töchter sind freundlichst eingeladen.

Partei-Nachrichten

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Veranstaltungen finden statt:
Sonntag, den 3. Februar:
Eulenbach (Amt Ettlingen): Mittags 3 Uhr im „Kaiser“ öffentlicher Vortrag von Jugendfahrrer Gen. Kappes (Karlsruhe). Thema: „Ist die Sozialdemokratie religionsfeindlich?“
Sandweiler Amt Rastatt: Abends 8 Uhr im „Strich“ öffentliche Verlesung mit Vortrag von Jugendfahrrer Gen. Kappes. Thema: „Ist die Sozialdemokratie religionsfeindlich?“
Huppenweier: Vormittags 10 Uhr in der Restauration Scherer Generalversammlung mit Vortrag von Gen. Trinius.
Bergshausen: Mittags 3 Uhr in der Brauerei Wens Generalversammlung mit Vortrag von Gen. Trinius.
Mörser wird beste Vorbereitung und Werbung für lebhaften Besuch dieser Veranstaltungen erwartet.

Gemeindepolitik

Gemeinderatsbericht aus Gengenbach vom 29. Januar 1930

Mehrere Postfelle sind frei und sollen zur Neuerfassung ausgeschrieben werden. — Dem Blumenried Rinald wird die Erlaubnis zur Aufstellung einer Tankanlage in jederseits überauslicher Weise erteilt. — Zur Ausstattung der Arbeiterheimunterkunft wird jeweils Dienstag mittags die Turnhalle zur Verfügung gestellt. — Mit dem Anlauf eines Garren soll bis zum Naimarkt zugewartet werden. — Der Gemeinderat nimmt von der Zusammenstellung über den Strombezug in den letzten 3 Jahren Kenntnis. — Eine Grundstücksabgabe wurde vorgenommen. — Von der Abrechnung des bisher begebenen außerordentlichen Holzniebes und der Verwendung des Erlöses wurde Kenntnis gegeben. — Im Kolonnenbaugelb soll eine weitere Parallelstraße mit Wasserleitung und Kanalisation aufgeben werden, ebenso wird eine Fußgängerunterführung von der Landstraße bis zum Wald durchzuführen. Die Arbeiter sind als Poststandsarbeiten gedacht.

Aus dem Gerichtssaal

Todesopfer der Neujahrnacht

Folge unglücklicher Neujahrsgeschehen
Im Karlsruhe, 31. Jan. Wegen fahrlässiger Tötung und unerlaubten Waffenbesitzes hatten sich vor dem Großen Schöffengericht unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Dr. J. Müller der verheiratete Fabrikarbeiter Hermann Wittmann und der 19 Jahre alte Lehrling Elektriker Alfred Kiefer, beide aus Michelbach bei Rastatt, zu verantworten. Wittmann sei am 31. Dezember vorigen Jahres mehreren jungen Leuten, die sich in seiner Wohnung eingefunden hätten, eine Armeepistole, ohne daß er wüßte, daß diese geladen war, nicht gegeben war. Mit der Waffe legte er im Scherz auf den 17 Jahre alten Malergesellen Wendelin Kraft aus Michelbach, der in Gerlingen bei Stuttgart in Stellung war und über Neujahr seine Eltern besucht hatte, auf eine Entfernung von 2,5 Metern an, wobei ein Schuß losging und Kraft in den Hals traf. Durch den Schuß wurde auch das Hirnmark verletzt. Kraft wurde schwer verletzt nach dem Krankenhaus Rastatt verbracht, wo er in der gleichen Nacht verstarb. Kiefer hatte Anfangs Dezember die Armeepistole, die ungeladen in einem Wäscheschrank des Wittmann lag, mitgeladen und, ohne sie zu sichern, wieder an ihren Platz gesetzt. Er war zugegen, als Wittmann im Scherz auf Kraft anlegte, ohne davon Mitteilung zu machen, daß die Waffe geladen war; er hat mit dem Tod des Kraft mitverschuldet.

Wittmann hatte die Pistole von seinem im Jahre 1926 verstorbenen Vater. Er schloß sie im unverschlossenen Kleiderschrank aufbewahren. In der Neujahrnacht war auch vom Neujahrsgeschehen die Rede und er zeigte den jungen Leuten die Pistole mit den Worten, er habe auch etwas zum Neujahrsgeschehen. Als der unerfahrene Schuß gelassen war, stürzte Kraft zu Boden. Er erlitt starke Verletzungen. Er konnte nicht aufrufen, daß er gelassen worden war. Beide Arme blieben infolge der Rückenmarkverletzung gelähmt. Wittmann hatte sofort den Arzt gerufen, der die Heberführung ins Krankenhaus anordnete. Mit Kraft fand Wittmann in freundschaftlichen Beziehungen und gutem Einvernehmen. Kiefer gibt an, daß er die Pistole geladen habe, um sie eventuell benötigter Einbrecher zu gebrauchen zu können. Ein Zeuge hat gesehen, daß er sich verweigert als der Schuß losging. Der Schuß sei so schnell losgegangen, daß er Wittmann nicht mehr habe sehen können, daß die Waffe geladen war. Ein Zeuge ist bei dem beauerlichen Vorfall in Ohnmacht gefallen. Ein Gendarmereibeamter befindet, daß die Waffe abstrichungsunfähiges Heeresgut war. Beide Angeklagte erregen einen guten Eindruck.

Beschloss Dr. Kattner (Rastatt) stellte als ärztlicher Sachverständiger fest, daß Gefäßverletzungen, eine Halswirbelsäulenverletzung und die Beschädigung des Rückenmarks, sowie der starke Verletzung die Todesursache waren. — Staatsanwalt Weller beschloß, die Kraft als das Opfer des unglücklichen Neujahrsgeschehens, das Wittmann der Gemend des Margitales Leber gang und able leb. Wittmann habe groß und fahrlässig gehandelt. Er hätte annehmen müssen, daß die Waffe geladen sein konnte. Beim Militär habe es geheißen: „Eine Waffe ist immer geladen“. Auch Kiefer habe sich mit Unachtsamkeit die Waffe geladen. Wittmann von der Übernahme des Kenntnis geben müssen. Der Angeklagter betraute exemplarische Strafen, die allgemein abstrichend wirken müßten. Zwei Jahre würden gerade im Maratol immer wieder Unfälle beim Neujahrsgeschehen vororkommen. Die Leute, die nichts davon beim Neujahrsgeschehen sollten sich nicht mit dem Neujahrsgeschehen abgeben. Gegen Wittmann beantragte er eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, gegen Weller beantragte er eine Gefängnisstrafe von einem Monat. an deren Stelle eine Geldstrafe von 150 Mark treten könne.

Das Schöffengericht verurteilte Wittmann wegen fahrlässiger Tötung und unerlaubten Besitzes von Heeresgut zu drei Monaten Gefängnis und 30 Mark Geldstrafe, Kiefer zu einem Monat Gefängnis.

Manjardeneinbrecher

Strafverbüßung in zweiter Instanz
Im Karlsruhe, 31. Jan. Wegen Diebstahls im Kleinstahl hatte heute der 28 Jahre alte schon erbrochlich vorbestrafte Arbeiter Kurt Kraus aus Eichenach vor dem I. Strafhammer unter dem Vorsitz von Landgerichtspräsident Dr. Rudmann zu verantworten. Der Kraus floate war Ende Oktober 1928 in eine Manjarde des Hauses der Lierstraße 156 in Karlsruhe eingedrungen und hatte daraus der Analyse entwendet. Wegen Kleinstahls wurde er am 21. Juli 1927 vom Karlsruher Schöffengericht zu einem Jahre Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt. Gegen dieses Urteil wurde leitens Rechtsstaatsanwaltschaft und des Verteidigers des Angeklagten, Rechtsanwalt Hinrich Verungung eingelegt. In der Berufungsinstanz, die heute vor der Strafhammer stattfand, verlor er sich wiederum auf hartnäckiges Verwehren und behauptete, nicht der Täter zu sein. Der Angeklagte konnte jedoch in der umfangreichen Beweisaufnahme überführt werden. Staatsanwalt Sei in beantragte, 2½ Jahre Zuchthaus nebst den üblichen Nebenstrafen. Wittmann für Freiheitsstrafe mangels ausreichenden Beweises. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde das Urteil des Schöffengerichts dahin abgeändert, daß anstelle der Zuchthausstrafe ein einjähriges Gefängnis mit Ehrverlust ausgesprochen wird; außerdem wurde auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt. Bei der Verurteilung der bürgerlichen Ehrenrechte behielt es sein Bewenden. Mit Rücksicht auf die Gemeinnützigkeit, das hartnäckige Verwehren und die Vorstrafen des Angeklagten, erließen der Berufungsinstanz das Urteil des Schöffengerichts aus gering. Wündernde Umstände kamen bei dem Vorleben des Angeklagten nicht in Betracht. Mit Rücksicht auf das Verwehren ist man keine Verantwassung, die Untertugenschaft in Anrechnung zu bringen.

Tageskalender

der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Aktion, Frauen der Bezirke Weierheim, Bulach und Weierfeld!
Kommt zahlreich zu unseren Veleanden, die am Dienstag, 4. Februar, abend 8 Uhr, im Handarbeitsaal der neuen Schule in Weierheim beginnen.

Bezirk 23/24 Gartenstadt und Ruppure
Die Monatsversammlung findet diesmal im „Brünger Löwen“ statt und zwar am Donnerstag, 6. Februar, abends

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 3. Februar 1930.

Geschichtskalender

3. Februar, 1809 *Komponist Felix Mendelssohn-Bartholdy. — 1830 Griechenland wird souverän. — 1870 *Italienische Dichterin Ada Negri. — 1899 Abtauer Zuchtsauurteil. — 1905 *Forschungsreisender Adolf Reikhan. — 1918 Russland annulliert Staatsanleihe. — 1921 *Dichter Carl Hauptmann.

Februar

Seit der Winterjohanniswendung sind die Tage wieder um ein gutes Stück länger geworden. Da es nun wieder in der Natur langsam und zunächst noch unmerklich aufwärts geht, wurde in alten Zeiten der 2. Februar, der Tag Mariä Lichtmess, als Winterseide angesehen, und das in Osteuropa geltende Sprichwort sagt, daß sich am Lichtmessstag Winter und Sommer begegnen. Früher wurde in Deutschland der auf den 22. fallende Peterstag als erster Frühlingstag gefeiert. Denn am Tage Petri Stuhlfeier, so nahm man an, begannen die Schneeglöckchen zu blühen, und der Weidenbaum fängt an, Rädchen zu treiben. Auch die Haseln und Erlen stäuben, Leberblümchen, Seidelbast und Lungenkraut blühen. Lebhafter geht es im Tierreich zu. Wenn die Sonne scheint, wagen sich Dungkäferchen, Erdwanzen und Bienen hervor, man kann auf die Schmetterlingsjagd gehen und den Großen und Kleinen Fuchs und das Gelbe Zitronenblatt erbeuten. Frösche, Kröten und Wasseralamander beginnen sich zu regen. Eine ganze Anzahl von Vögeln kehrt zurück: gegen Ende des Monats der Star, ihm folgen Rohammer, Hausrotschwänze, Eichelhäher, Baumfeldlerche, Holztaube, Storch und Wanderfalke und manchmal sogar die Waldschnepfe, die sich also keineswegs an den Oculi-Termin hält. Elster und Kolltrabe, Wasseramsel und Kreuzschnabel bauen schon; die Rebhühner geben das Gemeinschaftsleben auf und finden sich als Paarhühner zusammen, und etliche Vögel — Amsel, Kohlmeise und Lerche — beginnen bereits zu singen. Der Fink schlägt, und auch der Raubwürger läßt sich hören. Von den Wintergästen verläßt uns die Nebelkrähe, um ihr angemessenerer Jagen aufzujagen. Der Maulwurf ist an der Arbeit; Fuchs, Iltis, Marder und anderes Raubzeug pfeifen schon zur Kanarie. Der Hase wandelt auf Freiersfühen, und im Dachsbau wird schon die Kinderstube eingerichtet.

Freilich, diese Frühlingsschreden dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es eventuell trotz des außerordentlich milden Winters auch noch anders kommen kann. Wenn der Februar es der Bauernregel recht machen will, muß er uns die kalteste und die wärmste Monate im Jahr. Und das soll so sein: denn: „Im Hornung Schnee und Eis, macht in den Sommer heiß.“ Oder: „Große Kälte im Februar, bringt ein gutes Erntejahr.“ Es gibt ein paar wichtige Tage, so den Mattheistag (24.25.), von dem es heißt: „Mattheis bricht Eis!“ Aber gewissermaßen für alle Fälle fügt die Bauernweisheit hinzu: „Kind er leins, so macht er eins!“ Dann der Peterstag: „Gefriert es an Sankt Peter, so gefriert es nicht mehr später!“ Im Lichtmesstag muß es schneien und stürmen, dann ist der Frühling nicht mehr weit. Unbedingt zuverlässig sind alle diese Prognostikationen nicht, so viel Erfahrung ihnen innewohnt mag: schon manchmal folgte einem kalten Winter ein kalter Sommer.

Als Matthei von der Vogelweide von Kaiser Friedrich sein Leben empfing, jubelte er, daß er „nimmermehr den Hornung an den Fehen zu fürchten“ brauche. In der Februar wegen seines unwirtlichen Wetters und seiner Kälte unter seinen Brüdern wenig beliebt, so verzeiht ihm die Mehrzahl der Menschen all seine Sünden, denn er ist erfreulich kurz, und das will in dieser Zeit, die als einzigen „Kosttag“ den Monatsleuten kennt und feiert, viel heißen. Wegen dieser Kürze hat der Februar den Leuten, die sich mit einer in vielfacher Hinsicht recht wünschenswerten Kalenderreform beschäftigen, schon manche Nuß zu kneten aufgegeben. Es gibt schon eine ganze Literatur über die künftige Stellung des Februars. Vermutlich verhandelt er seine Ausnahmestellung dem römischen König Numa Pompilius, der das zu 354 Tagen gerechnete Jahr durch ein solches mit 12 Monaten zu je 29 oder 30 Tagen ersetzte und, weil ungerade Zahlen als glückverheißend galten, um möglichst viel Monate mit ungerader Tageszahl zu erhalten, noch einen Tag hinzufügte. Man gab dann später vier Monaten je 31 Tage und belieh sieben andere Monate mit 29 Tagen, so daß für den Februar, der übrigens als letzter Monat des Jahres gewählt wurde, nur 28 Tage übrig blieben. Auch als man später die Dauer des Jahres als Sonnenjahr um zehn Tage verlängerte, blieb der Februar aus alter Gewohnheit das verkürzte Kalendermacher, erhielt aber, weil er als letzter in dem am 1. März beginnenden Kalenderjahr gewählt wurde, wenigstens alle vier Jahre den Schalttag zuerteilt.

Kleine Nachrichten aus dem Stadtrat

Literatur. Der Tierkühnverein beschäftigt, in geeigneten Gebäuden der ehemaligen Artillerie-Kaserne Gottesau ein Tierasyl einzurichten, das Raum für etwa 30 Hunde und ebensoviel Katzen bietet. Der Stadtrat erklärt sich bereit, für diesen Zweck dem Tierkühnverein die in das Eigentum der Stadt übertragene ehemalige Schmiede an der Schlachthausstraße und Teile der anstehenden Remisen 4 und 6 zu überlassen. Die Tierwärterin soll nach Möglichkeit in unmittelbarer Nähe des Asyls Wohnmöglichkeit erhalten.

Heimordnung für das städtische Jugendheim. Für das Jugendheim in der Kaiserstraße wird eine Heimordnung erlassen, die die Rechte und Pflichten der Inhaber des Heims regelt. Ministerpräsident. Einem Erlaß des Bürgervereins Antike im öffentlichen Dienststelle in dem Verlaß des ehemaligen Rathauses im Stadtteil Rindheim, Hauptstr. Nr. 52, einverstanben. Kolonial- und Marine-Ausstellung. Der Kolonialen Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe wird der mittlere Teil der städtischen Ausstellungshalle zur Abhaltung einer Kolonial- und Marine-Ausstellung in der Zeit vom 12. Juni bis 4. August d. J. zur Verfügung gestellt.

Strafanzüge. Gegen unbekannte Täter wird Strafanzüge bei der Staatsanwaltschaft erstattet, weil sie gewalttätig in ein zum Abbruch bestimmtes städtisches Gebäude eingebrochen sind und dort einen Elektrizitätszähler u. a. entwendet haben.

Publikum und Straßenbahn

Wir haben in der Samstag-Nummer das eine rasche Abwicklung des Verkehrs hemmende Benehmen vieler Straßenbahnfahrer glosiert. Nun hat sich auch der Stadtrat in seiner letzten Sitzung über das Benehmen des Straßenbahnbenützernden Publikums ausgesprochen und er erklärt darüber folgende Verlautbarung:

Anlässlich der Erörterung von Straßenbahnangelegenheiten hat der Stadtrat auch über das Benehmen des Straßenbahnbenützernden Publikums gesprochen. Man war sich auf Grund mannigfacher Beobachtungen darüber einig, daß auch das Publikum zu einem guten Teil zu einer glatten und raschen Abwicklung des

Mieter, seid auf der Hut

Gegen die öffentliche Bewirtschaftung der Altwohnungen / Leerstehende Kleinwohnungen / Gegen die Sozialisierung des Eigentums

Nehtliche Uebergriffe wie die drei letzten Sätze konnte man dieser Tage wieder im Karlsruher bürgerlichen Väterwald lesen. Anlaß dazu gab der Jahresbericht des Grund- und Hausbesitzervereins, in dem die Aufhebung der soan. Zwangswirtschaft im Wohnungswesen wieder gefordert wird. Nach diesem Bericht ist in Karlsruhe der Mangel an Wohnungen erheblich zurückgegangen, so daß in Wohnungen von fünf Zimmern das Angebot die Nachfrage übersteigt und daß in vier-Zimmer-Wohnungen Angebot und Nachfrage sich decken, während nur in Zwei- und Dreizimmer-Wohnungen noch ein gewisses Bedürfnis vorhanden sei. Also auch dieses Bedürfnis ist nach der Meinung der Grund- und Hausbesitzer nur bedingt vorhanden. Gemein: Im Dammertod ist erst die Hälfte der Wohnungen vermietet, in den neuerbauten Häusergruppen der Gaska in der Weinbrenner- und Poststraße stehen ebenfalls noch 20 Dreizimmer-Wohnungen leer und ähnlich sehe es auch in den sonstigen eben fertiggeordneten Wohnungen in anderen Baugebieten der Stadt aus.

Ein derartiges Ergebnis ist für die Leute des Grund- und Hausbesitzervereins Grund genug, die vollständige Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung der Wohnungen zu fordern. Dasselbe Verlangen wurde von der gleichen Seite allerdings schon zu einer Zeit gestellt, bevor dieses vorhin genannte Ergebnis über die Behebung der Wohnungsnot vorhanden war. Man sieht hieraus wie geradezu unverantwortlich die Kreise des organisierten Hausbesitzes schon früher, bevor also der Wohnungsmangel mehr eingedämmt war, die Freiheit im Wohnungswesen verlor. Aber auch die heutige Forderung ist einfach verfehlt, denn nach wie vor besteht auch in Karlsruhe eine recht große Wohnungsnot. Wenn es in dem Bericht des Grund- und Hausbesitzervereins heißt, daß in Zwei- und Dreizimmer-Wohnungen noch ein gewisses Bedürfnis vorhanden sei, so entspricht eine solche Behauptung einfach nicht den realen Tatsachen. Beständig dieser Kleinwohnungen von zwei und drei Zimmern ist dieses Bedürfnis nicht nur ein gewisses, sondern ein recht großes, denn bereits Tausende Familien suchen Zwei- und Dreizimmer-Wohnungen und finden keine solche, die zu mieten ihrem finanziellen Können entspricht.

Es ist einseitiges gewissenloses Gerede, wenn man den Mangel an Kleinwohnungen damit abtun will, daß man auf den Dammertod hinweist und sagt, daß dort erst die Hälfte der Wohnungen vermietet sei und damit begründet will, daß der Mangel an Kleinwohnungen nur ein „gewisser“ sei. Warum ziehen denn die Leute nicht in den Dammertod? Nicht etwa, weil ihnen die Wohnungen nicht gefallen würden, sondern weil sie kraft ihres Einkommens einfach nicht in der Lage sind, die im Dammertod festgesetzten Mietpreise bezahlen zu können.

Sollange aber nur neue Kleinwohnungen vorhanden sind, deren Mietpreis über die finanzielle Leistungsfähigkeit der großen Masse der Mieter hinausgeht, besteht aber nach wie vor eine Wohnungsnot.

Uebrigens hört es sich recht sonderbar an, daß gerade die Kreise, die am allergeringsten auf den Verkauf der herrlichen Wohnungen in ihren eigenen Häusern nicht gehen über die Wohnungen im Dammertod hocken konnten, jetzt die leerstehenden Wohnungen im Dammertod als Beweis dafür anführen, daß der Bedarf an Zwei- und Dreizimmer-Wohnungen nur ein gewisser sei.

Wie im Dammertod, so verhält es sich auch mit den vom Grund- und Hausbesitzerverein als Beweis angeführten Wohnungen der Gaska-Häuser. Auch diese sind nur zu einem Mietpreis zu erziehen, der weit über das finanzielle Können der großen Masse der Wohnungsuchenden hinausgeht. Was nützen also all die schönen Wohnungen, wenn sie infolge der für die minderbemittelte

Bevölkerung zu hohen Mietpreisen nicht gemietet werden können? Vielleicht gibt der Grund- und Hausbesitzerverein ein Rezept an, wie gerade diese schwierige Frage zu lösen ist, und wenn dann das les Resent wirklich etwas taugt und alle Wohnungsuchenden haben eine anständige Wohnung, dann ist der Zeitpunkt vielleicht gekommen, wo man über die Aufhebung der soan. Zwangswirtschaft nachdenkt. Selbst dann, wenn alle Wohnungsuchenden, die also überhaupt keine Wohnung haben, ihren Bedarf gedeckt hätten, so stehen in Karlsruhe noch viele Hunderte von Wohnungen, die mehr als unwohnliche Löcher anzusehen sind, wie die menschenwürdige Behausungen. Die Zahl solcher für Gesundheit, Moral und Sitlichkeit höchst gefährlichen „Wohnungen“ ist recht groß und bevor diese Löcher nicht dem Wohnungsmarkt entsagen sind, ist ebenfalls eine Wohnungsnot vorhanden. Um aber all die Wohnungsuchenden, ob sie nun keine Wohnung oder ob sie in menschenunwürdigen Wohnungen untergebracht sind, in anständige Heimden unterzubringen, dazu reichen weder der Dammertod, noch die Gaska-Häuser, noch die anderen Häuserbauten mit Zwei- und Dreizimmerwohnungen aus. Unter solchen Umständen, wie sie heute noch im Wohnungswesen in Karlsruhe vorhanden sind, die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung zu fordern, ist eine verantwortungslos und unheimlich und ein Zeichen des größten Egoismus. Darüber helfen auch alle die Schlagwörter wie „Sozialisierung des Eigentums“ usw., wie sie nun auf Seiten des Grund- und Hausbesitzervereins jahraus, jahrein gebraucht werden und denen je ängstliche Leute einschüchtern und beunruhigen wollen, nichts hinweg.

In der Generalversammlung des Grund- und Hausbesitzervereins hat nach dem Bericht der Badischen Presse Herr Direktor Deines besonders bedauert, daß das Jahr 1929 einen weiteren Abbau der Wohnungsnot bewirkt hat. In Baden nicht gebracht habe. Der Minister des Innern habe sich nicht entschließen können, den nun einmal beschrittenen Wege des Abbaues weiter zu gehen. Herr Direktor Deines hat ein gutes Geheiß, daß ihm die Interessen der Bevölkerung zu wahren, viel wichtiger sind, als den Forderungen einer Interessengruppe nachzugeben. Wie weiter aus dem Bericht der Deines hervorgeht, hat Herr Direktor Deines die Interessen der Bevölkerung zu wahren, viel wichtiger sind, als den Forderungen einer Interessengruppe nachzugeben. Wie weiter aus dem Bericht der Deines hervorgeht, hat Herr Direktor Deines die Interessen der Bevölkerung zu wahren, viel wichtiger sind, als den Forderungen einer Interessengruppe nachzugeben.

Für Herrn Deines gab der Ausfall der letzten Wahlen ein Vorzeichen an, daß die Truppe vom Sommer 1929 im Bürgertum wieder von neuem zu blauen. Wir haben die Angst vor diesem geringen Bürgerum, sondern wir führen die Mahnung des Herrn Deines nur deshalb an, um der werksamen Bevölkerung zu zeigen, wie sich die Gegner der arbeitenden Bevölkerung, das Bürgertum zu einigen, um eine einheitliche Front gegenüber den Interessen der Minderbemittelten zu bilden. Herr Deines Mahnung gewinnt im Hinblick auf die im Frühjahr 1930 stattfindenden Gemeinbewahlen eine Bedeutung und macht aber auch zugleich die arbeitende Bevölkerung, ihrerseits diesen Mahnung der Gemeinbewähler nicht ungehörig zu lassen, sondern die Konsequenzen daraus zu ziehen, nämlich:

Sammlung aller Befähigten in der Sozialdemokratie. damit sie in jeder Hinsicht den Kampf gegen ihre Gegner mit Erfolg durchzuführen kann.

Die Mieter insbesondere aber werden zudem noch auf tun, um der Organisation der Mietervereine auszuweichen, um speziell als vereinigte Mieterchaft unberechtigte Forderungen an organisierten Grund- und Hausbesitzern abzuwehren zu können.

Verkehrs beitragen kann. Leider fehlt es hier im Vergleich zu anderen Städten noch ziemlich viel an der nötigen Uebung. Im Interesse einer Besserung der Verkehrsverhältnisse an den Bahnhöfen ist ein rasches Ein- und Aussteigen dringend erwünscht. Man kann aber oft gerade das Gegenteil hiervon beobachten. Bei stärkerem Andrang ist es unbedingt notwendig, daß die zuerst einsteigenden Personen in das Wageninnere und zwar möglichst weit nach vorne sich bewegen, und nicht, wie man es oft erleben muß, auf der hinteren Plattform sich aufhalten, über schlechte Organisation bei der Straßenbahn, selbst aber weber durch gütliches, noch energisches Zureden des Schaffners sich bewegen lassen, einige Schritte ins Wageninnere zu gehen.

Auch eine bessere Verteilung auf die einzelnen Wagen, insbesondere auf die Anhängewagen, die meistens schwächer besetzt sind, als die Motorwagen, würde die Abwicklung des Verkehrs reibungsloser und rascher ermöglichen. Genau wie das lange Abschiednehmen von Bekannten während des Einsteigens heute schon in Karlsruhe im allgemeinen der Vergangenheit angehört, so würde es einen weiteren großen Fortschritt bedeuten, wenn die Fahrgäste in ihrer Gesamtheit die vorstehenden Anweisungen befolgen würden. Es wäre dadurch dem Straßenbahnpersonal und dem Publikum in gleicher Weise gedient.

Warum kam der Zirkus Sarraiani nicht?

Vom Rathaus wird uns geschrieben: Die Einwohnerchaft ist leider in der letzten Zeit durch gewisse Nachrichten über die angebliche Nichtzulassung des Zirkus Sarraiani in Karlsruhe falsch unterrichtet worden. Der Sachverhalt liegt folgendermaßen: Es haben sich 2 Zirkusunternehmen um die Ueberlassung des Mesplatzes in diesem Frühjahr beworben. Nur ein Unternehmen kann aber berücksichtigt werden, u. a. da nur für ein Unternehmen innerhalb der kurzen in Betracht kommenden Zeitperiode genügende Vorbereitungsarbeiten bestehen. Der Zirkus Gleich ist zuerst an die Stadt mit der Bitte um Zulassung herangetreten. Später trat auch der Zirkus Sarraiani als Bewerber auf. Beide Unternehmen haben von der Stadt die gleichen Zulassungsbedingungen mitgeteilt erhalten. Unter diesen Bedingungen befindet sich auch der auf Grund eingehender Stadtratsberatungen festgelegte ermäßigte Vergütungsvertrag. Der Zirkus Gleich hat die Bedingungen der Stadt, die übrigens in allen vorangehenden Jahren von den hier aufgetretenen Zirkusunternehmen anerkannt worden waren, angenommen. Der Zirkus Sarraiani dagegen wollte sich mit dem Vergütungsvertrag nicht abfinden. Der Stadtrat hat unter diesen Umständen beschlossen, dem Zirkus Gleich den Mesplatz für dieses Frühjahr zu überlassen. Der Zirkus Sarraiani hat im übrigen in seinem letzten bei der Stadt eingeleiteten Schreiben zum Ausdruck gebracht, daß er um Barmarkung für den Herbst des. A. bitte, falls er für dieses Frühjahr nicht in Betracht komme. In ihrer Antwort wird die Stadt zum Ausdruck bringen, daß sie den Zirkus Sarraiani gern für den Herbst vorzöge, wenn er die üblichen Bedingungen anerkennt.

(.) **Volkschor Karlsruhe-West.** Die Gulgengemeinde des Volkschor West hat sich auf vielseitigen Wunsch gemummen, am verangenen Samstag die anlässlich der Weihnachtfeier aufgeführte Operette „Der Weg ins Paradies“, nochmals zu wiederholen. Es darf als ein großer Erfolg gebucht werden, daß auch diesmal wieder der Drei

Vorstellung bis auf den letzten Platz gefüllt war. Auf den Zirkus näher einzugehen erübrigt sich, da dies anlässlich der Erstaufführung genügend geschehen ist. Die diesmahlige Wiederholung war ebenfalls ausgebaut durch Tanzszenen der Tanzschule Wertz u. a. Mit großem Verständnis hat es der Regisseur des ganzen Abends Herr v. Trautwein, verstanden, diese Tanzszenen in den Zwischenacten der Aufführung einzufügen und so der Gulgengemeinde die wiederum großen Erfolge verdolten. Nicht unerwähnt sei die vorzügliche Tätigkeit des Herrn Ros am Klavier. Allen anwesenden Mitwirkenden ein Gesamtlob. Man darf sich heute schon freuen, daß das Theaterensemble der Theatergruppe des Volkschor West

Maskenball der Zwogang. Dieser Veranstaltung der jüngeren Jünger Gulgengemeinde am Samstagabend in der Halle wurde die Signatur „Dirkemer Vorführung“ gegeben. Die Anstehungsart war eine sehr große. Sowohl der Vorführung als auch der Maskenballen konnten kaum mehr Platz finden, als sich eingedrungen hatten. Lediglich ein buntes Gemisch freudiger, hochbeglückter Menschen! Die Kapellen des Maskenballen mit Tanz auf und die „Marktbesucherinnen“ und „Marktbewerber“ folgten nicht dem schmeichelnden Rhythmus der Musik. Aber auch das witzigste Wort fand seinen Platz an dem fröhlichen Treiben und konnte der Feststimmung ungehindert entgegen. Das Gros der Besucher hatte sich maskiert oder maskiert, aber wirklich originelle Typen waren jährlich vorzuziehen. Besonders fällt es gegenüber früheren Maskenbällen auf, daß die witzige Ereignisse in der Politik eine satirische, humorvolle Mischung auf den Maskenbällen nicht mehr finden, trotzdem diese solche Ideen immer größte Bedeutung gefunden haben.

Veranstaltungen

Maskenball der Zwogang. Am Samstag, den 3. Februar, 10 Uhr findet in sämtlichen Räumen der städtischen Festhalle der Zwogang-Maskenball statt. Zwei Maskenbälle werden im großen Saal ihre Premiere erleben lassen und für die nötige Stimmung sorgen und zwar der Zwogang-Maskenball unter Leitung von Herrn Kubold, und der Zwogang-Maskenball unter Leitung von E. Reunhardt. Im kleinen Saal findet eine Maskenballen unter Leitung von Herrn Kubold, und der Zwogang-Maskenball unter Leitung von E. Reunhardt. Im kleinen Saal findet eine Maskenballen unter Leitung von Herrn Kubold, und der Zwogang-Maskenball unter Leitung von E. Reunhardt.

Satz des Wohlwollens. Am morgigen Dienstag ist die Wahl zum Wahlkreis des Wohlwollens. Mit der Karte auf den Namen des Wohlwollens sind in sämtlichen Räumen der städt. Festhalle. Wir können nur wiederholen, daß Gemälde erleichter Art des Wohlwollens. Am Dienstag, den 3. Februar, 10 Uhr findet im kleinen Saal der Zwogang-Maskenball unter Leitung von Herrn Kubold, und der Zwogang-Maskenball unter Leitung von E. Reunhardt.

Volkschor Konzert Robert Bus und Gise Blum. Am Samstag, den 3. Februar, 10 Uhr findet im kleinen Saal der Zwogang-Maskenball unter Leitung von Herrn Kubold, und der Zwogang-Maskenball unter Leitung von E. Reunhardt.

